

Wöchentlich 10 Pfennig, monatlich 28 Pfennig, vierteljährlich 84 Pfennig, halbjährlich 168 Pfennig, jährlich 336 Pfennig. Ausland 3.30 Reichsmark pro Monat.

Der „Vorwärts“ mit der illustrierten Sonntagsbeilage „Welt und Zeit“ sowie den Beilagen „Unterstützung und Mitleid“, „Aus der Heimat“, „Frauenstimme“, „Der Kinderfreund“, „Jugend-Vorwärts“ und „Blitz in die Blätterwelt“ erscheint wöchentlich zweimal, Sonntags und Feiertags einmal.

Telegraphische Adresse: „Sozialdemokrat Berlin“

Vorwärts

Berliner Volksblatt

Zentralorgan der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands

Anzeigenpreise:

Die einseitige Nonpareille-Zeile 60 Pfennig, Restzeile 40 Pfennig. „Kleine Anzeigen“ das fertige Wort 15 Pfennig (außer zwei fertige Wörter), jedes weitere Wort 12 Pfennig. Stellenzeile das erste Wort 15 Pfennig, jedes weitere Wort 10 Pfennig. Worte über 13 Buchstaben zählen für zwei Worte. Arbeitsmarkt Seite 60 Pfennig, Familienanzeigen für Männer Seite 40 Pfennig.

Kontingenzen für die nächste Nummer müssen bis 4 1/2 Uhr nachmittags im Hauptgeschäft, Berlin SW 68, Lindenstraße 3, abgegeben werden. Geöffnet von 8 1/2 Uhr früh bis 8 Uhr nachm.

Redaktion und Verlag: Berlin SW. 68, Lindenstraße 3. Fernsprecher: Dönhoff 292-297.

Freitag, den 14. Januar 1927

Vorwärts-Verlag G. m. b. H., Berlin SW. 68, Lindenstr. 3. Vertikaldruck: Berlin 77 538 - Druckort: Druck der Arbeiter, Angestellten und Beamten, Wallstr. 40; Elsbeth-Verlag, Repentinstraße 2.

Die wichtigste Forderung: Arbeit!

Fiasko des Arbeitsbeschaffungsprogramms durch die Schuld der Behörden. 400 000 Erwerbslose könnten Arbeit haben!

Der neueste Arbeitsmarktbericht des Reichsarbeitsministeriums beginnt mit den Worten:

„Die saisonmäßige Verschlechterung des Arbeitsmarktes kommt in den jetzt amtlich mitgeteilten neuesten Zahlen der unterstützten Erwerbslosen voll zum Ausdruck.“

Dann folgt die Zahl, die besagt, daß die Zahl der unterstützten Erwerbslosen innerhalb von 14 Tagen sich um 278 000 vermehrt hat, d. h., da mindestens 20 000 Erwerbslose alle 14 Tage ausgeteuert werden, daß die Gesamtzahl der Erwerbslosen um 300 000 gestiegen ist. Es ist eine Irrführung der Deffenlichkeit, wenn behauptet wird, daß wir es hier mit einer saisonmäßigen Verschlechterung des Arbeitsmarktes zu tun hätten, denn nach der Saisonbewegung des Arbeitsmarktes steigt die Zahl der Erwerbslosen in den Monaten November und Dezember regelmäßig an. Tatsächlich aber war im November kaum ein Anstieg zu verzeichnen, während im Dezember die Zahlen sprunghaft gestiegen sind, und insgesamt im Dezember über 400 000 Arbeiter mehr arbeitslos wurden. Diese Steigerung der Arbeitslosigkeit hat mit der normalen Saisonbewegung nicht das mindeste zu tun. Sie zeigt an, daß der Arbeitsmarkt sich von neuem krisenhaft verschlechtert; sie bedeutet, daß die Gesamtlage der deutschen Wirtschaft in einer Verschlechterung begriffen ist, nachdem die großen gesamtwirtschaftlichen Gewinne aus dem englischen Bergarbeiterstreik ihr Ende gefunden haben.

Diese Zahlen besagen aber auch mit großer Deutlichkeit, daß die bisherige Besserung des Arbeitsmarktes nicht auf die Maßnahmen der Reichsregierung zurückzuführen ist. Eine Prüfung des Programms, das seinerzeit aufgestellt wurde, und eine Prüfung dessen, was bisher geschehen ist, zeigen auch deutlich, daß bei weitem nicht erreicht wurde, was hätte erreicht werden sollen und was erreicht werden könnte.

Die Mittel der produktiven Erwerbslosenfürsorge sind zwar von 100 Millionen auf 200 Millionen verdoppelt worden. Gleichzeitig aber ist die Zahl der Notstandsarbeiter stetig zurückgegangen und lag am 15. Dezember n. J. mit 124 000 um über 25 Proz. unter der Höchstzahl von 170 000, die am 15. Mai erreicht wurde, als von dem Arbeitsbeschaffungsprogramm der Reichsregierung noch keine Rede war. Diese Abnahme der Zahl der Notstandsarbeiter ist nur dann erklärlich, wenn die im Etat theoretisch zur Verfügung gestellten Mittel tatsächlich bei weitem nicht abgerufen worden sind. Wir sind überzeugt, daß das Reichsarbeitsministerium auf Anfrage diese unsere Auffassung nur vollauf bestätigen könnte. Das Arbeitsbeschaffungsprogramm hat auf diesem Gebiet jedenfalls verfehlt, und es ist den Reichsbehörden offenbar nicht gelungen, die Gemeinden nachdrücklich genug auf den Ernst der Lage aufmerksam zu machen. Es ist nicht einmal gelungen, eine ausreichende Zahl von langfristigen Erwerbslosen durch die produktive Erwerbslosenfürsorge unterzubringen, und so das ständige Wachstum der Zahl der Ausgesteuerten zu vermeiden. Allwöchentlich gehen mehr als 10 000 Erwerbslose aus der Erwerbslosenfürsorge in die Krisenfürsorge über, und die Zahl dieser Ausgesteuerten ist seit dem 1. Oktober zweifelslos um rund 150 000 gewachsen.

Straßenbau.

Aber nicht nur bei den Notstandsarbeiten der Gemeinden hapert es mit dem Arbeitsbeschaffungsprogramm. Seinerzeit wurde viel vom Straßenbau gesprochen. Der Reichsverkehrsminister gab an, daß an 60 000 Kilometer Straßen in Deutschland zu erneuern seien. Bisher hat man aber nichts davon gehört, daß ernsthaft etwas für die Erneuerung der deutschen Straßen getan worden ist. Es scheint, daß auch hier die Reichsbehörden durch den Behördenwust der Teile des Reiches nicht haben durchdringen können. Auch jetzt, während die Zahl der Arbeitslosen anschwillt, geschieht nichts für den Straßenbau, während seit fast drei Vierteljahr Verhandlungen über ihn gepflogen werden.

Reichsbahn.

Auch auf den großen eiserne Straßen der deutschen Reichsbahn wird lange nicht das getan, was getan werden könnte. Die Verhandlungen des Enqueteausschusses haben gezeigt, daß der Reichsbahngesellschaft riesige Geldmittel von weit über einer halben Milliarde Mark

zur Verfügung stehen. Die Mitteilungen über die Betriebs- und Finanzlage der Reichsbahn im Oktober haben gezeigt, daß die Bahn täglich in diesem Monat einen Reingewinn von fast 2 Millionen Mark zu verzeichnen hatte, und es besteht kein Grund zu der Annahme, daß im November die Entwicklung eine andere war. Auch im Dezember, der wahrscheinlich nicht ganz so günstig für die Reichsbahn gewesen ist, hat sie sicherlich noch sehr erhebliche Ueberschüsse zu verzeichnen gehabt. Es kann keine Rede davon sein, daß die Reichsbahngesellschaft auch nur annähernd die von ihr erzielten Reingewinne der produktiven Wirtschaft angeleitet hätte. Vielmehr steht, insbesondere nach den Ausführungen des Reichsbahnpräsidenten, fest, daß der größte Teil der Ueberschüsse der Reichsbahn, die sie in den Jahren 1925 und 1926 erzielt hat, noch immer an die Privatbanken ausgeliehen ist, die ihrerseits wesentlich mit diesen Mitteln die ungeheure Börsenspekulation finanzieren, die im neuen Jahre schon wieder zu neuen Kursrekorden geführt hat. Statt jetzt in der Zeit der Krise zur Erleichterung des Arbeitsmarktes in großem Umfange Aufträge zu erteilen, die sich im Laufe der kommenden Jahre als dringend notwendig erweisen werden, treibt die Reichsbahngesellschaft eine unverantwortliche Theaurierungspolitik, und statt ihre Mittel in den Dienst der produktiven Wirtschaft zu stellen, leitet sie sie auf dem Wege über die Verkehrs-Kreditbank in die Kanäle der Spekulation. Auch hier ist es den Reichsbehörden nicht gelungen, mit allen ihnen zur Verfügung stehenden Druckmitteln die Reichsbahn zur Aenderung ihrer unsinnigen Politik zu veranlassen. Auf die Dauer ist dieser Zustand unerträglich, und es wird sich als notwendig erweisen, entweder der Wirtschaft durch eine allgemeine Senkung der Eisenbahnfrachten oder ein großzügiges Investierungsprogramm der Reichsbahn aus ihren eigenen Mitteln zu Hilfe zu kommen. Es liegt kein Grund vor, einem derart prosperierenden Unternehmen große

Reichszuschüsse zu geben, bevor es selbst seine Pflicht gegenüber der Gesamtwirtschaft erfüllt hat.

Landwirtschaft.

Nicht nur die Gemeinden, nicht nur die für den Straßenbau verantwortlichen Provinzen, nicht nur die Reichsbahngesellschaft sind mitschuldig an der schweren Krise des Arbeitsmarktes, die erneut hereingebrochen ist. Für die Landwirtschaft sind insgesamt rund 110 Millionen Mark zur Verfügung gestellt worden, und zwar 50 Millionen Mark für die ländliche Siedlung und 60 Millionen Mark vom Reich und Preußen zu gleichen Teilen für den Bau von Landarbeiterwohnungen, um so den polnischen Wanderarbeiter in der deutschen Landwirtschaft entbehren zu können. Von den Mitteln, die für die Siedlung bereitgestellt sind, sind bisher nur minimale Beträge von den Ländern, insbesondere von Preußen in Anspruch genommen worden. Statt dessen streiten sich die Ressorts darüber, ob Preußen oder dem Reich die Führung in der Siedlungspolitik gehört. Aber auch der Bau von Landarbeiterwohnungen geht nicht voran, denn die deutschen Großagrarier rechnen damit, daß es ihnen gelingen wird, auf dem Wege über das preussische Landwirtschaftsministerium und das Reichsernährungsministerium auch im nächsten Jahre ein unverkürztes Polenkontingent zu erhalten. Weder die nationalen Gesichtspunkte, die für den Ersatz der polnischen durch deutsche Landarbeiter sprechen, noch die schwere Krise des Arbeitsmarktes scheint sie bewegen zu können, auf die energische und zielbewusste Wahrnehmung ihrer anti-deutschen Interessen zu verzichten. Der Reichsregierung ist es auch hier nicht gelungen, Breche in den Widerstand der Instanzen und der Interessenten zu legen.

Wohnungsbau.

Und wie steht es mit dem Wohnungsbau? In der Krise des vorigen Sommers versprach der Reichsarbeitsminister

Curtius, der Hartnäckige.

Er will weiter verhandeln, trotz der „innen- und außenpolitischen Bedenken“.

Ueber die Besprechung des Betrauten Curtius mit den Zentrumsdelegierten wird folgende offiziöse Mitteilung ausgegeben:

Gestern nachmittag fanden die angekündigten Besprechungen zwischen den Beauftragten der Zentrumsfraktion, den Abgeordneten von Guérard und Stegerwald mit Dr. Curtius und Reichsaussenminister Dr. Stresemann im Reichswirtschaftsministerium statt. Die Vertreter der Zentrumsfraktion trugen die schweren innen- und außenpolitischen Bedenken vor, die die Zentrumsfraktion gegen die Bildung der von Dr. Curtius in Aussicht genommenen Regierung habe. Daran schloß sich eine eingehende Aussprache. Herr Dr. Curtius hat in Aussicht genommen, heute vormittag über die Ergebnisse dieser Besprechung mit den Vertretern der Deutschnationalen Volkspartei zu verhandeln. Die Vertreter der Zentrumsfraktion nahmen in Aussicht, am heutigen Nachmittag eine endgültige Stellungnahme der Fraktion der Zentrumsfraktion herbeizuführen.

Die Unterhaltungen zwischen Curtius-Stresemann auf der einen und Guérard-Stegerwald auf der anderen Seite dauerten nicht weniger als zweieinhalb Stunden. Wie der Sozial. Pressedienst noch zu melden weiß, ist der Zentrumsfraktion von den Einzelheiten der Unterredung bisher keine Kenntnis gegeben worden. Ihr wurde nur mitgeteilt, daß die Bedenken des Zentrums ausführlich vorgebracht worden seien. Die Fraktion vertagte sich darauf sofort auf Freitagabend. Doch trat der Fraktionsvorstand noch zu einer besonderen Beratung zusammen.

Daß Herr Curtius trotz der doch sehr eindeutigen Auffassung des Zentrums nicht von selbst dem Reichspräsidenten den Auftrag als unausführbar zurückgibt, zeugt entweder von einem unbehagbaren Optimismus oder, was das Wahrscheinlichere ist, von einer so starken Bindung an die Besitz-

bürgerblock-Interessen, daß daneben der Blick für die gegebenen Tatsachen verschwindet.

Die Bedenken, die das Zentrum hegt, unterstreicht die „Germania“ in ihrer Abendausgabe noch einmal sehr kräftig. Sie zeigt auch, warum dem Zentrum gerade jetzt sehr viel an der Mitarbeit der Sozialdemokratie liegt.

Für die Bedenken des Zentrums sind auch noch andere triftige realpolitische Erwägungen maßgebend. So gut es im Jahre 1925 unzulänglich schien, den Zolltarif, der die Grundlage der abzuschießenden Handelsverträge bildet, ohne Mitwirkung der Deutschnationalen Partei als wichtiger Vertreterin landwirtschaftlicher Interessen durchzubringen, ebenso dringend erwünscht erscheint es im gegenwärtigen Augenblick, das wichtige sozialpolitische Gesetz, wie die Erwerbslosenversicherung und das Arbeitsschutzgesetz, durchzubringen sind, die parlamentarische Behandlung dieser Gesetze nicht ohne Mitwirkung der Sozialdemokratie vor sich gehen zu lassen, d. h. jener Partei, in der nun einmal ein sehr großer Teil der deutschen Arbeiterschaft seine Vertretung hat. Diese Erwägungen erscheinen um so dringender, wenn man sich vergegenwärtigt, daß die Zahl der Arbeitslosen allein im Dezember um 400 000 Mann zugenommen hat und daß sie zurzeit insgesamt 1 Million 745 000 beträgt, und daß die Arbeiter der ländlichen Gegenden, so z. B. Ostpreußens und Bayerns, noch schwerer von dieser furchtbaren Plage heimgesucht sind als die städtischen Bezirke.

Daraus ist sehr deutlich zu ersehen, warum den christlichen Arbeitern im Zentrum mehr an der Unterstützung der Sozialdemokratie liegt, als an den Herren-Manieren der Deutschnationalen.

Der Aestetenrat des Reichstags ist zu Freitag nachmittags 4 Uhr einberufen worden, um die politische Lage zu besprechen und darüber zu entscheiden, ob die nächste Plenarsitzung, wie in Aussicht genommen war, schon am nächsten Mittwoch, den 12. Januar, stattfinden kann.

für den Herbst 1926 ein Reichswohnungsbauprogramm für die nächsten drei Jahre. Als jüngst in der Presse behauptet wurde, dies Programm sei von Reich wegen fertig, erfolgte ein Dementi. Als jetzt Herr Dr. Curtius die Gewerkschaften bei sich empfangt, versicherte er ihnen, das Wohnungsbauprogramm für 1927 läge vor. Bisher ist es noch nicht bekannt geworden. Wiederum wissen Länder und Gemeinden noch nicht, wie groß die Mittel sind, die ihnen in diesem Jahre für den Wohnungsbau zur Verfügung stehen werden. Wiederum droht die Gefahr, daß der Wohnungsbau in den ersten Monaten der Bauzeit nicht voran kommt. Auch hier geht der Krieg der Instanzen weiter. Denn mögen auch die Reichsressorts sich auf ein Wohnungsbauprogramm wirklich trotz des Dementis geeinigt haben, so ist es doch bekannt, daß noch nicht einmal im Schoß des preussischen Kabinetts zwischen den zuständigen Ministerien Einigkeit besteht. Am unsichersten scheint man sich über die Frage zu sein, wie groß diesmal der Gewinn des Hausbesitzers aus dem Wohnungsbauprogramm werden soll. Und vor allem: statt des langfristigen Wohnungsbauprogramms, das man uns verspricht, bekommen wir wiederum ein provisorisches. Jedenfalls steht aber soviel fest, daß der 200-Millionen-Kredit für den Wohnungsbau, der den Reichsetat für 1926 schmückte, zum größten Teil auch eine Dekoration geblieben ist.

Fort mit der Untätigkeit der Behörden!

Schätzungsweise wird man sagen können, daß von den für das Arbeitsbeschaffungsprogramm zur Verfügung gestellten Mitteln mindestens eine Viertelmilliarde keine Verwendung gefunden hat, und daß die Reichsbahn über eine halbe Milliarde sofort für Großaufträge an die Industrie zur Verfügung hätte, wenn sie sie erteilen wollte. Mit den Ausgesteuerten zähler wir in Deutschland jetzt mindestens 2 Millionen Erwerbslose, eher mehr als weniger. Dreiviertel Milliarden Mark, die mindestens 400 000 Arbeitern Lohn und Beschäftigung für ein Jahr geben könnten, stehen zur Verfügung, dienen heute zu einem großen Teil der Börsenspekulation, und die Reichsregierung versichert, daß die Krise am Arbeitsmarkt saisonmäßig sei. Sie ist saisonmäßig, wenn die Untätigkeit und Schwerfälligkeit der Behörden saisonmäßig ist. Das darf aber keine Saison sein, die nie ein Ende findet.

Das russische Giftgas.

Genosse Künstler verklagt den kommunistischen „Massetampf“.

Die Veröffentlichung des Genossen Künstler über die Giftgasfabrikation der Genu in Sowjetrußland hat den Jörn kommunistischer Provinzblätter hervorgerufen. Der kommunistische „Massetampf“ in Halle hat alle Angaben Künstlers als erlogen bezeichnet, ihn selbst einen „Lügenkünstler“ genannt.

Dazu erklärt Genosse Künstler:

„Die Gelegenheit, die mir der Redakteur des „Massetampf“ in Halle gibt, werde ich nutzen. Da mich dieser Redakteur einen „Lügenkünstler“ und Lügenschänder nennt, werde ich ihn verklagen. Nicht weil ich seine Bestrafung herbeiführen will, sondern weil vor aller Öffentlichkeit der Wahrheitsbeweis geführt werden soll, daß die Behauptungen der Sozialdemokratie über die Verbrüderung von Sowjetrußland mit der Reichswehr vollkommen der Wahrheit entsprechen. Wir werden sie alle als Jungen laden, voran den völkischen Fabrikanten Stolzenberg, alle Arbeiter der Giftgasfabrik in Trost, deren Adressen wir habhaft werden können, die völkischen Beamten und Ingenieure, die in Trost waren, die Offiziere, die mit falschen Pässen und zum Teil unter falschem Namen nach Rußland gereist sind, die Offiziere und Angestellten des Reichswehrministeriums und seiner Gesellschaft Genu. Wir werden auch die Arbeiter laden, die in Steint Granaten ausgeladen haben. Sie alle sollen unter Eid ausfragen. Die deutsche Arbeiterschaft soll sehen, wer lügt und wer die Wahrheit spricht.“

Geist und Maschine.

Musik-Umschau von Kurt Singer.

Immer wieder wird die Technik gegen den Konzertbetrieb mobil gemacht. Immer wieder wehrt sich das Kunstertum, das mit seinem persönlichen Auftreten Erfolg erzielen will, gegen die Maschine. Der Kampf entscheidet sich augenblicklich zugunsten des Radio und der Spielplatte. Eine Abwechslung, wie sie diese beiden Industrien bieten, gibt der Konzertsaal nicht her. Dabei hat besonders die Plattenindustrie den großen Vorteil, daß sie imstande ist, das nur halbwegs Vollendete auszusprechen und nur das Beste schließlich auf den Markt zu bringen. Wo im Konzertleben ist derartige schon erlebt worden? Es wächst eine Literatur an, die unbedingt einen Erfolg für so manche aus Geld- und Arbeitsgründen unmöglich gemachte Stunde der Konzerttätigkeit bietet. Auch der Umstand ist zu schätzen, daß wir in der Lage sind, unter Ausschluß aller störenden Nebenwirkungen uns dem Genuß hingeben zu können, und daß wir imstande sind, immer wieder das wunderbar Aufgenommene zu wiederholen. Ich vergleiche eine Werteliste bei den Don-Kosaken mit einer in der Elektroakustik hergestellten Aufnahmeplatte. Die Aufnahme stammt aus dem Konzertsaal. Vom Stärkegrad des rein akustischen Eindrucks abgesehen, ist die Qualität solcher Aufnahme unerhört gut. Das Klänge, Russische, das Bedeutame in der Aussprache und in der Dynamik kommt plastisch und mit sinnlicher Lebhaftigkeit zur Geltung. Ich höre Meisterfingerchöre unter Leitung von Bloch, oder einen Chor aus der H. R. M. W. in der Albert-Hall in London aufgenommen, und es ist eine Naturräuschlichkeit erreicht, die auf einem guten Apparat schon an das Wunderbare grenzt. Wie die Elektroakustik, so bemüht sich nun, anscheinend auf dem gleichen Wege vermittels der Radiotechnik, die Columbia-Gesellschaft, der Natur des Spielers und des Spiels ganz nahe zu kommen. Gerade hier wird erreicht, was bisher unerreichtbar schien, nämlich den Klang einer Geige von Blason abzulösen und befiehlt zu machen, das Klappern des Klaviers zu verschweigen und — etwa unter den Händen von Ignaz Friedmann — einen blühenden, selbst in den Anschlagmanieren noch modulierten und in der Farbe erkennbaren Ton zu erzeugen. Und die Gesänge der Reges, der allein seligmachende Jazz, springt uns aus neuen Platten so an, als lähen wir die schwarzen Gestalten leidhaftig an ihren Instrumenten vor uns stehen.

Hier droht nicht nur Gefahr, hier ist Gefahr, der nur eine Vielteiligkeit im Konzertleben ein Paroli bieten könnte. Daß das nicht geschieht, wissen wir alle. Die Konzerte erhalten eine Uniform, in der ein Körper und eine Physiognomie nicht mehr zu erkennen ist. Augenblicklich macht die Jagd auf Beethoven diese Gleichförmigkeit noch uninteressanter. Wir haben 1920, beim 150. Geburtstag Beethovens, an dieser Stelle empfohlen, den Genius dadurch zu feiern, daß man seine Sinfonien ein Jahr dem Konzertsaal entzieht. Man möchte diesen unpolitischen Rat auch für 1927 propagieren. Das Todbehen der Sinfonien und Sinfonien könnte den Geist Beethovens zu Tode hegen. Daß es immerhin möglich ist, Beethoven noch von einer etwas unbekanntem Seite zu zeigen, bewies Furtwängler in seinem letzten Konzert. Er spielte zu Beginn jene Quartettgese-

Norddeutsche Kleinstaater.

Ein Ueberbleibsel aus der Kaiserzeit.

Der Fall Waldeck hat die Blicke der Öffentlichkeit wieder einmal auf das Glend der deutschen Kleinstaater gelenkt, dem leider durch die Revolution kein Ende bereitet worden ist. Der laut betonte bayerische Partikularismus hat dazu geführt, daß das Verhältnis Bayerns zum Reich der Öffentlichkeit das Zentralproblem der Entwicklung zum Einheitsstaat zu sein scheint. Wird dies Problem angerührt, so wenden sich die Blicke unwillkürlich nach Süddeutschland und die Reste deutscher Fürstentümer, die in Preußen eingesprengt liegen, werden übersehen. Dabei sind es gerade diese norddeutschen Reste, die am treuesten das Bild des durch dynastische Interessen zerrissenen ehemaligen Reiches konservieren. Ein Blick auf die Karte lehrt schon, um welche unorganischen vielfach zerrissenen Ländergebilde es sich dabei handelt. Versucht man sich aber einen staatlichen Ueberblik über dies Kleinständerwesen, so kommt einem das ganze Glend frisch zum Bewußtsein. Wir haben Flächeninhalt und Bevölkerungszahl der in Preußen versprengten Länder zusammengestellt, dazu die Zahl der Minister, die diese verwalten:

	Fläche in qkm	Einwohner	Minister
Ostpreußen	6 480	551 805	3
Braunschweig	3 672	508 892	3
Anhalt	2 294	351 471	3
Wippe	1 215	163 577	1
Waldeck	1 056	55 750	2
Schaumburg-Lippe	340	48 044	1
	15 007	1 678 969	14

Man muß sich vor Augen führen, was diese Zahlen bedeuten. Der Flächeninhalt dieser sechs Kleinstaaten zusammen erreicht noch nicht den Flächeninhalt der Länder Baden und Sachsen, die Einwohnerzahl zusammen noch nicht die Hälfte der Einwohner von Berlin, etwas mehr als die Einwohnerzahl der Städte Köln und München zusammen. Es gibt sieben deutsche Städte, von denen jede für sich mehr Einwohner hat als das größte dieser Länder. 92 Gemeinden in Deutschland haben jede für sich mehr Einwohner als jedes der beiden kleinsten Ländchen. Aber jedes dieser sechs Länder hat ein eigenes Parlament, ein eigenes Ministerium, und jedes hat eine Stimme im Reichsrat. Zu diesen Zwergländern treten die Stadtstaaten:

Hamburg	415 qkm	1 184 112 Einwohner
Bremen	256	331 381
Lübeck	208	127 460
	600 qkm	1 602 953 Einwohner

Jede der drei Hansestädte hat eine Stimme im Reichsrat. Es gibt keinen durchschlagenden Grund, der für die Aufrechterhaltung dieser Verwaltungszerstückelung und der damit verbundenen öffentlichen Mehrkosten vorhanden ist. Man stelle sich vor, daß für die kleinen sechs Länder allein vierzehn Minister gebraucht werden. Es sind keinerlei wirtschaftliche Gründe, keine Stammeseigentümlichkeiten, die für diese Zersplitterung sprechen, lediglich die historische Tatsache, daß dynastisches Interesse einst diese Zersplitterung herbeigeführt hat. Das Erzeugnis dieser dynastischen Interessen aber dauert in der Republik fort infolge der Gedankenlosigkeit der Öffentlichkeit und des mangelnden staatlichen Konstruktionswillens der Verantwortlichen. Es ist schlechter konservativer Geist, der hier zum Ausdruck kommt, und dieser Geist bleibt nicht ohne Rückwirkung auf die Reichsgesetzgebung. Diese sechs Länder und die drei Stadtstaaten führen zehn Stimmen im Reichsrat, obgleich ihnen nach der Einwohnerzahl nur drei zufallen dürften. Hier ist ein Partikularismus, der zwar nicht aktiv ist wie der bayerische, dafür aber um so verstoffter.

Aus dem Gefängnislazarett entflohen ist in Belgrad der frühere kommunistische Abg. Rosta Rostovic, der wegen Beihilfes kommunistischer Flugchriften zu fünf Jahren Kerker verurteilt worden war.

Gädike klagt auf Armenrecht.

Seine Klage von der Weidell-Kammer abgewiesen.

Der Landwirt Karl Gädike, der im Landberger Gemeindefeld gegen Klapprott und Genossen als Nebenkläger aufgetreten ist, hat — wie die Korrespondenz Zeitschriften mitteilt — jetzt den Reichswehrminister auf Entschädigung für den ihm durch den Nordostfälischen Klapprott entstandenen Verlust verklagt und zu diesem Zweck zunächst durch seinen Rechtsbeistand Rechtsanwalt Georg Boemethal eine Klage auf Gewährung von Armenrecht einleiten lassen.

Diese Klage ist von der unter dem Vorsitz des Landgerichtsdirektors v. Weidell-Parlow tagenden Kammer abgewiesen worden, und zwar mit der Begründung, daß Gädikes Anspruch an den Reichswehrminister „ausgeschlossen“ sei.

Die Kammer unter dem Vorsitz des Landgerichtsdirektors v. Weidell-Parlow ist dieselbe, die Lütjens Gehalt für den Kapp-Putsch zugesprochen hat.

Bayerns Willkürregiment.

Ein Kapitel bayerischer Schande vor dem Ausschuss.

Der Rechtsausschuss des Reichstags beschäftigte sich am Donnerstag mit dem Antrage von Graefe und Genossen (Df.), der die Aufhebung des Redeverbotes gegen Adolf Hitler verlangt, weil es verfassungswidrig ist.

Abg. Fric begründete diesen Antrag mit der Behauptung, daß die anbauenden Redeverbote gegen Hitler der Verfassung widersprechen und in einem demokratischen Staat schleunigst aufgehoben werden müßten.

Genosse Saenger wies gegenüber dem völkischen Redner darauf hin, daß das Volksgericht, welches Hitler wegen Hochverrats verurteilt habe, bewußt und planmäßig entgegen dem Geheiß der Reichsregierung gegen ihn nicht ausgesprochen habe. Darin hätten die Nationalsozialisten recht, daß sie sich dagegen wendeten, daß Hitler, der doch erst durch die heutigen bayerischen Gewalttäter groß geworden sei, in so kleinlicher Weise verhindert werde, seine Ideen zu propagieren. Es sei nicht richtig, daß jede Hitler-Verammlung von vornherein im voraus verboten werde. Freilich müsse die mißbräuchliche Handhabung von Geheiß gegenüber jedermann unterbleiben, nicht nur gegenüber Hitler. Andere Parteien hätten unter der sogenannten bayerischen Rechtspraxis viel stärker als Hitler. Besonders die Kommunisten würden in unerhörter Weise in Bayern behandelt. Dummer könne die kommunistische Bewegung überhaupt nicht behandelt werden als das in Bayern geschähe, wo nicht einmal deutschen kommunistischen Abgeordneten gestattet werde, zu ihren Wählern zu sprechen. Es sei aber nicht berechtigt, nur zu der Behandlung Hitlers allein Stellung zu nehmen, des Mannes, der die Sozialdemokraten wie tolle Hunde habe niederschlagen lassen wollen. Die sozialdemokratische Reichstagsfraktion fordere vielmehr in Uebereinstimmung mit der sozialdemokratischen Landtagsfraktion Bayerns, daß alle allgemeinen Redeverbote und Versammlungsverbote unterbleiben.

Ministerialdirektor Brecht erklärte für die Reichsregierung, die Nationalsozialisten sprächen zu Unrecht in ihrem Antrage von einer Verfassungswidrigkeit des gegen Hitler ergangenen Redeverbotes. Die Bestimmungen der Reichsverfassung und des Vereinsgesetzes kämen den Ausländern nicht zugute.

Abg. Wegmann (S.) wandte sich gegen einen Antrag, der lediglich die Person Hitlers betreffe, und auch der Demokrat Dr. Brodauf wollte nur für eine allgemeine Beschlußfassung über die Handhabung des Vereins- und Versammlungsrechts eintreten.

Daraufhin beantragte Genosse Rosenfeld, der Reichstag wolle beschließen, die Reichsregierung zu eruchen, bei den beteiligten Landesregierungen darauf hinzuwirken, daß vordringende, der gesetzlichen Begründung entbehrende Rede- und Versammlungsverbote nicht erlassen werden.

Dieser Antrag wurde mit 16 gegen 10 Stimmen angenommen, der Antrag v. Graefe dagegen mit allen Stimmen gegen die der Rechte abgelehnt.

Zum neuen Botschafter Spaniens in Berlin ist an Stelle des scheidenden Botschafters Soler y Guadalupe der bisherige Generalkonsul in Ministerium des Reiches E. P. Pinosa de los Rios ernannt worden. Er hat in Deutschland studiert und in Jena promoviert.

In Weiskamra sind wegen der Unruhen bis jetzt 900 Personen verhaftet. Die Führer der Aufständischen sind zum größten Teil im Verlauf der Kämpfe getötet, die übrigen gefangen genommen worden.

Opus 133, die den Schritt zur Volligkeit des Dreifachens wagen darf, weil in ihr die Dimensionen für die Kammermusik fast überschritten sind, und weil hier die Beethoven eigentliche fremde Arbeit der jugendlichen Stimmen großen Ausdruck und Charakter gewinnt. Arthur Schnabel legen wir an einem geradezu faszinierenden Werk: er baut die gesamte Sonatenarbeit Beethovens vor uns lebendig auf. Die Geschichte in der Vollsühne an jedem Sonntag. Anschauungsunterricht genialster Art, Ehrfurcht und Können treffen sich hier. Es befeuert sich ein Geist von heute am größeren schöpferischen Geist von gestern so, daß ein einheitlicher Aktord von Schöpferischen und Rezipienten aufflingt. Mit großer Sicherheit für das Gefühl der Klang- und Stilunterschiede stellt Schnabel der chronologischen Reihe der Sonaten eine musikalisch-ästhetische gegenüber. Nach der Fuge des Opus 110 die Leidenschaft und thematische Brauour von Opus 2, darauf die Heiterkeit von Opus 31 Nr. 1 — besser kann die Vielgestaltigkeit Beethovenschen Wesens nicht dargestellt werden.

Die „Freunde alter Kammermusik“ rufen zu einem Kammermusikabend in dem Deutschland um 1700. Alice Ehlers, die geistige Führerin dieses Vereins, die klassische Gemballistin von heute, erweist ihre Kunst der Programmwahl wiederum und spielt meisterlich die G. Moll-Suite von Händel auf ihrem schönen Instrument. Im übrigen verliert sie sich wohl auf die guten Namen der Mitwirkenden, ohne intensiv mit ihnen geübt zu haben. Minna Rodde ging ihren eigenen Weg bei der Sonate von Beethoven, die geradezu von Lartim sein könnte, Nora Willison, die zweite Geigerin, hat einen gar lebhaften Ton, und die Cellistin Eva Heintz, sonst eine der Besten, glaubte eine bescheidene Violoncelloleitung zu einem Cellokonzert ausbreiten zu dürfen. Selbst Lette Leonard ließ etwas im Stich, sie sang wie zu einem Orchesterkonzert. Der Beifall, der besonders nach der Arie „Mein gläubiges Herz“ von Bach erscholl, soll diese verehrte Künstlerin nicht irre machen. Kammermusik des 17. und 18. Jahrhunderts, d. h. Unterordnung und Zartheit und Gemeinschaftsgefühl. Bei Barthelemy und Bach ist selbst das unbewusste Primadonnenumtum von Spielern und Sängern, ist das kleinste falsche Unbalancieren des Raums Gotteslästerung.

Annelate Reilstab ist im Mechanischen eine gute und bedienstwerte Kraft, wie sich an Variationen über ein Bach-Thema von Reger erwies. Ihr Ton entbehrt aber allen Ausdrucks, und die Gesamtbehandlung ist so leblos, daß man zu einem Geniechen nicht kommt. Mechanik ohne Geist und Gefühl. Das umgekehrte bei Wilhelm Kempff. Ein großartig aufbauender Musiker, der Opus 17 von Schumann mit leidenschaftlicher und musikalischer Phantasie durchtränkt, und überall, auch da, wo er zu lange versonnenem weilt, Zeichen einer großen musikalischen Persönlichkeit gibt. Hier ist Geist, Phantasie und Gefühl gemeint, und die Mechanik ist selbstverständlich geworden.

Leopold Jessner über aktuelle Theaterfragen. Der Intendant der Berliner Staatstheater, Leopold Jessner, sprach in einem Vortrag im Verein Magdeburger Presse über aktuelle Theaterfragen und betonte die Dringlichkeit der Aufgabe, angesichts der volkswirtschaftlichen Umgestaltung des Publikums erneut auf die notwendige Ein-

beziehung zwischen Publikum und Szene hinzuwirken. Die Konkurrenz, die dem Theater aus Kino und Radio entsteht, sei zwar gemächlich, aber von einer Gefährdung des Theaters selbst könne nicht die Rede sein. Allerdings müsse das Theater der romantischen Bildwirkung entsagen und sich auf seine eigentlichen Aufgaben besinnen. Auf dem Wege hierzu werde die photographische Wiederholung einer Ummet durch die Darstellung der Idee, und an die Stelle kunstgewerblichen Herates trete der architektonische Aufbau. Neben der Bemühung um die sich bereits abahnende Signifese sei die innere Beziehung zur Zeit und zum Zeitgeist ein unerlässliches Erfordernis für den darstellenden Künstler. Auch die ewigen Kunstwerke müßten sich der Verwandelung unter dem Einfluß der jeweiligen Aktualität unterziehen.

Charleston mit Massage. Nachdem der Charleston zum unbedingt notwendigen Kulturbefehl des gebildeten Mitteleuropäers geworden ist, rücken auch die Bewohner seiner ursprünglichen Heimat auf der sozialen Leiter einige Stufen auf. In Paris ist es zurzeit große Mode, sich den Charleston von denen heibringen zu lassen, die ihn am besten können, weil sie ihn „kriert“ haben: von wahren Regens. Daran wäre nichts besonderes. Aber die mondänen Pariserinnen verlangen von ihren Charlestonlehrmeistern mehr, sie wollen von ihnen auch — massiert werden!

Kein Zweifel: Reges werden stets die besten Lehrmeister für ihre Naturtänze sein. Massieren aber können schließlich andere ebenso gut wie sie. Dennoch lassen sich die Pariserinnen von Regens massieren: sicherlich nur wegen des ästhetischen Gegenjages von schwarz auf weiß.

Ein neues Panoptikum in London. Das berühmte Londoner Panoptikum von Madame Tussaud, das bekanntlich durch Feuer nahezu vernichtet war, soll wieder neu errichtet werden. Von den 500 Figuren, die es enthalten soll, sind vorläufig 200 fertiggestellt. Der Personalbestand wird bei dieser Gelegenheit erheblich modernisiert; so fehlen natürlich weder der deutsche Erzähler, noch Händel, und an Mussolini wird gegenwärtig gearbeitet. Die alten Figuren werden repariert und übernommen, soweit sie noch halbwegs erhalten sind; so bekommt z. B. Gladstone einen neuen Kragen, Nelson einen neuen Kopf und Charlotte Corday ein paar neue Beine.

Julius Bab bricht in seiner Vortragreihe „Politik und Theater“ auf Einladung der Volkshäuser Sonntag, 8. Uhr, im Bürgeraal des Rathauses-Einlaßkarten am Sonntag, 8.60 R.

In der Galerie Neumann-Niederer, Südkönigsstr. 32, hält am 18. abends 8 Uhr, 8 Uhr, 8 Uhr, einen Vortrag über seine Reisen im nahen Orient und seinen Aufenthalt in der Türkei, Syrien, Palästina und Ägypten.

Die Domela-Wäcker im Film. Die größte Hochkapler-Komödie Harry Domela's wird ihre Aufstellung im Film erleben. Unter der Leitung von Paul Davidson wird die Ufa einen Film drehen, der den Titel trägt: „Der fallende Ring“, eine Satire von gestern (heute und morgen).

Im Olympiaaal des Neuen Anjums (neben dem Treppenhause) wird am 21. d. M., 12 Uhr, eine Ausstellung von Quadranten griechischer Landschaften eröffnet, die Graf Karl Langhammer auf einer mehrmönatigen Reise im vergangenen Herbst geschaffen hat.

Stresemanns Verantwortung.

Der Vorsitz des Zentrums.

Der auffallende Beschluß der Zentrumsfraktion, ihre schweren Bedenken gegen eine Bürgerblock-Regierung nicht dem Fraktionsvorsitzenden der Deutschen Volkspartei, Dr. Scholz, sondern dem Parteivorsitzenden Dr. Stresemann mitzuteilen und zu erörtern, ist allgemein als eine Demonstration gegen den einseitigen und unentwegten Verfechter des Bürgerblocks aufgefaßt worden, als der Dr. Scholz längst bekannt ist. Offenbar hatte die Zentrumsfraktion in die Objektivität des Dr. Scholz nicht das nötige Vertrauen und sie wollte nur mit einem Manne verhandeln, der fähig ist, vor seinen Parteifreunden über die Bedenken des Zentrums sachlich zu referieren und aus ihnen die Konsequenzen zu ziehen. Herr Scholz hat sich durch seine Insterburger Rede viel zu sehr auf den Bürgerblock festgelegt, als daß er der Mann sein könnte, der die Deutsche Volkspartei aus der Sackgasse herauszuführen vermöchte, in der sie sich befindet — und mit ihr die ganze Regierungskrise.

Aber die Umgehung von Scholz hat anscheinend auch einen anderen Sinn, der sich aus den Kommentaren verschiedener Zentrumsblätter ergibt. Vor drei Tagen hat die „Germania“ mit auffälliger Schärfe an Dr. Stresemann eine Reihe von Fragen gerichtet. Das Berliner Zentrumsorgan sprach von der „undurchsichtigen Rolle“, die der Reichsaußenminister in dieser Krise spielte. Es richtete an ihn die Frage, wie er sich die Fortsetzung der Politik von Locarno und Thoiry mit einer Bürgerblock-Regierung vorstelle. Nun haben inzwischen andere führende Zentrumsblätter in der Provinz die merkwürdige Zurückhaltung des Reichsaußenministers lebhaft kritisiert. Insbesondere hat die auf dem rechten Flügel der Zentrumsfraktion stehende „Tremonia“ in Dortmund daran erinnert, daß Stresemann sich ursprünglich für das Koalitionsangebot an die Sozialdemokratie ausgesprochen hatte, und erklärt, es sei nun seine Pflicht, sich über die außenpolitischen Wirkungen einer Rechtskoalition zu äußern.

Man geht also nicht fehl in der Annahme, daß der Beschluß des Zentrums, unter Umgehung von Scholz mit Stresemann direkt zu verhandeln, auch den Zweck verfolgt, Stresemann aus seiner vorsichtigen und nicht sehr tapferen Reserve herauszulockern und vor seine schwere Verantwortung zu stellen.

Es ist kein Geheimnis, daß Stresemann persönlich die schwersten Bedenken gegen den Einfluß eines Eintritts der Westpartei-Fraktion in die Regierung hegt. Auch hinsichtlich der Notwendigkeit einer Reform der Reichswehr unter einem anderen Manne als Geßler dürfte der verantwortliche Leiter der deutschen Außenpolitik ganz anders denken als Scholz. Aber gerade er, dem sonst das Reden nicht schwer — manchmal sogar zu wenig schwer — fällt, ist in dieser Situation, wo es seine Pflicht wäre, zu reden, überaus schweigsam. Der Grund dieser äußersten Zurückhaltung ist leicht zu ergründen: er weiß zwar, daß er jederzeit in der Lage ist, die Landesverbände seiner Partei heranzuziehen, aber er muß stets befürchten, von seiner Reichstagsfraktion im Stiche gelassen zu werden, in der die großkapitalistischen Interessenten des Bürgerblocks den Ausschlag geben.

Ob es dem Zentrum gelingen wird, Stresemanns Junge zu lösen? Ob Stresemann den Mut finden wird, seine innere Überzeugung laut zu verkünden? Das ist das Preisrätsel des Tages. Die Fragen, die jetzt von der Zentrums- presse so eindringlich an ihn gerichtet werden, sind bereits vor mehr als zwei Wochen im „Vorwärts“ an ihn gestellt worden. Um ihm den Entschluß zu erleichtern, drucken wir die Erklärung nochmals ab, die der Vorsitzende der Deutschkonservativen Partei, also eines einflussreichen Flügels der Deutschnationalen, kürzlich erlassen hat:

„In der Links- und Rechts-Vernehmung verbreitet, als ob es möglich wäre, daß die DVB, anlässlich der Regierungsabstimmung durch eine Erklärung die wesentlichen ihrer Grundgedanken, den monarchischen Gedanken und den Widerstand gegen die Erfüllungspolitik — preisgeben sich bereit finden könnte. Ich halte einen derartigen Gesinnungswandel für unmöglich und darf namens der in diesem Zusammenhang erwähnten Deutschkonservativen Partei erklären, daß diese etwas Derartiges keinesfalls mitmachen würde.“

Dr. h. c. Graf Seidlitz-Sandreczki.

Glaubt Herr Stresemann, daß er unter diesen Umständen mit deutschnationalen Ministern seine bisherige Außenpolitik ohne schwerste Gefährdung der Interessen des Reiches fortsetzen kann? Eine solche Gefährdung macht sich im Zusammenhang mit dem Auftrag an Curtius schon jetzt bemerkbar. Die Pariser Verhandlungen über die „Restpunkte“ kommen nicht vom Fleck weg, weil die Gegenseite sich abwartend verhält. Die Möglichkeit der Bürgerblock-Bildung hat sie mit Mißtrauen erfüllt und das Schweigen Stresemanns fällt in der ganzen Welt auf.

Herr Stresemann hat das Wort, damit weiterer Schaden abgewendet werde!

Belgische Kritik an Stresemann.

Brüssel, 13. Januar. (Eigener Drahtbericht.) Der dem Außenminister Wanderweide nahestehende „Peuple“ befaßt sich am Donnerstag mit der Regierungskrise in Deutschland. Er erwartet, daß Curtius scheitert und unterstreicht die zweideutige Haltung Stresemanns, der ja das Ergebnis von Locarno und Thoiry offensichtlich gefährdet. In seinen weiteren Ausführungen spricht der „Peuple“ seine Genugtuung über den Beschluß des sozialdemokratischen Parteiausschusses aus.

Die Räumungsfrage vertagt.

Einmütigkeit im französischen Kabinett.

Paris, 13. Januar. (Eigener Drahtbericht.) Der Kabinettsrat führte heute eine eingehende Aussprache über die deutsch-französischen Beziehungen, insbesondere über die Besprechungen von Thoiry und Genf. Allgemein ist man überzeugt, daß damit endgültig eine Entspannung in den seit den Revueerklärungen Briands gespannten Beziehungen zwischen dem Außenminister, Poincaré und mehreren seiner Ministerkollegen eingetreten ist. Briand hat insbesondere erklärt, daß er Stresemann gegenüber keine Verpflichtungen in der Frage der Räumung der Rheinlande eingegangen sei und er in Thoiry, als Stresemann die Frage der Räumung anknüpfte, geantwortet habe, möglichst schnelle Räumung hänge einzig und allein von der Haltung Deutschlands ab.

Diese Erklärungen bestätigen, daß Briand keineswegs, wie man voreilig aus seinem Revueinterview geschlossen hatte, den Be-

Borah klagt Coolidge an.

Die Senatsopposition bleibt fest. — Bruch mit der Regierungspolitik.

New York, 13. Januar. (U.) Die mit großer Spannung erwartete Rede des Senators Borah stellt einen glatten Bruch mit der Regierungspolitik dar. Borah bezeichnete das Vorgehen der Vereinigten Staaten in Nicaragua als einen Bruch der Monroe-Doktrin. Die Regierung habe die Kriegsschiffe nach Nicaragua zur Sicherung der Anleihe, nicht aber zum Schutze des Lebens der dortigen Amerikaner geschickt. Borah gab seiner Freude Ausdruck, daß er die Diskussion über eine so wichtige Frage, wie sie die Mittelamerikapolitik darstelle, in aller Öffentlichkeit führen könne. Während Borahs Rede waren die Galerien des Senats überfüllt.

Der „Kommunisten“-Schwindel entlarvt.

New York, 13. Januar. (U.) Die Rede Kelloggs über die drohende „kommunistische Gefahr“ hatte bei der Opposition im Kongreß nicht die geringste Wirkung. Von den Rednern der Opposition wurde erklärt, daß die Ausführungen über den Kommunismus dazu bestimmt seien, die Opposition und die Weltmeinung umzustimmen, es sich also nur um eine Propagandaaktion der Regierung handele. Senator Borah betonte, daß

stund der Regierung Poincaré zu bedrohen beabsichtigt und er sich mit dem Beschluß des letzten Ministerrates, die außenpolitische Aussprache im Senat vorzunehmen, abgefunden hat.

Die Opposition der Rechten, die befürchtete, Briand sei in Genf weit über seine Vollmachten hinausgehende Verpflichtungen über eine vorzeitige Räumung der Rheinlande eingegangen, ist beruhigt durch seine heutigen Erklärungen, aus denen sie insbesondere entnehmen zu können glaubt, daß die Befestigung nur gegen ernsthafte Kompensationen Deutschlands eingeschränkt oder aufgehoben werden soll. Es darf als völlig ausgeschlossen gelten, daß in der nächsten Zeit diese außenpolitische Frage eine Regierungskrise in Frankreich hervorrufen könnte.

Knoll und die Kufmann-Akten.

„Hilfsbeamter bei der Staatsanwaltschaft.“ — Aktenverhößerung an Bacmeister.

Wie unseren Lesern erinnerlich, schwebt vor dem Schöffengericht in Wauen ein Strafverfahren gegen den polnischen Rechtsanwalt Müller, der wegen Beleidigung Dr. Stresemanns angeklagt ist. Müller hatte von Stresemann Dinge behauptet, die ihn ähnlich diffamieren sollten, wie die nationale Meute den Reichspräsidenten Ebert und andere Sozialdemokraten öffentlich zu diffamieren trachteten.

Das Plawener Gericht hatte seinerzeit beschlossen, die Zeugenvernehmung in Berlin vorzunehmen. Diese fand in den letzten Tagen hier statt. Dr. Stresemann gab weitgehende Auskunft über die Angelegenheit, wegen derer die beschuldigten Behauptungen aufgestellt wurden. Auch Reichsbankpräsident Schacht wurde vernommen.

Über auch der Leiter der Völgelpropaganda gegen Ebert, Bauer und andere, der Freund und Kumpan Kufmanns, Knoll, der sich auch Kluge nennt, erschien als Zeuge. Er war von dem Angeklagten Müller dafür benannt, daß er alienkundiges Material über angebliche Schiedungen der Cooperator-Gesellschaft besitze.

Einleitend erklärte Knoll, daß er selbst aus eigener Kenntnis nichts über Verschiebung von Kriegsmaterial durch die Cooperator nach Polen sagen könne, sondern daß er lediglich drittens Personen ähnliche Dinge behaupten gehört habe. Er selbst besitze zwar ein umfangreiches Aktenmaterial, das er übrigens der Staatsanwaltschaft Plawen zur Verfügung gestellt habe. Dieses Material sei ihm im Februar 1924 von der Staatsanwaltschaft in Moabit übergeben worden, zu einer Zeit, als er selbst Hilfsbeamter der Staatsanwaltschaft war. Assessor Dr. Kufmann habe ihm die Akten übergeben, nachdem er einen entsprechenden Auftrag von Oberstaatsanwalt Tetzlaff und Generalstaatsanwalt Lindow dazu erhalten habe. Die Akten seien durchaus ungeordnet gewesen, und es handele sich in der Hauptsache um Material des früheren Reichshofmarschalls. Er selbst habe, als er im Jahre 1920 bei der Orgeles angeheiratet war und in Königsberg zu tun hatte, dort davon mundein hören, daß im polnischen Korridor Deutsche Munitionszüge verschwinden seien. Allerdings habe er damals auch gehört, daß hierfür nicht die Cooperator-Gesellschaft, sondern die Firma Schweizer und Oppler verantwortlich zu machen sei. Auf Befragen, wo Knoll das ihm seinerzeit von der Staatsanwaltschaft übergebene Aktenmaterial gelassen habe, erklärte der Zeuge, daß er das Material dem Verleger Bacmeister in Berlin als Treuhänder zur Aufbewahrung übergeben habe. Er, Knoll, habe jetzt in Abwesenheit Bacmeisters nach vorheriger Verständigung mit diesem die Aktenblätter herausgeholt, die er dem Gericht überreicht habe.

Auf weiteres Befragen, ob Knoll finanzielle Beziehungen zu dem Verleger Bacmeister oder Oberfinanzrat Bang habe, bestritt der Zeuge dies, erklärte jedoch, daß er früher für eine Gruppe Industrieller tätig gewesen sei, deren Namen anzugeben er sich jedoch weigerte.

Diese Aussagen Knolls leuchten noch einmal blühendartig in den Sumpf hinein, der, von Industrielleninteressen künstlich angelegt, von den Knoll und Kufmann sorgsam umgerührt, seine Dünste über Deutschland ausströmt, bis Ebert gestorben und Hoffe in Unterjochungshaft gleichfalls dem Tode überliefert ward.

„Hilfsbeamter der Staatsanwaltschaft?“ Wer hat diesen Knoll dazu gemacht? Woher hatte er seine Empfehlungen? Wer hatte ein Interesse daran, diesen Orgeles-Bruder zum Altkanzler der Staatsanwaltschaft zu machen?

Will das prüfliche Justizministerium nicht noch einmal nachfragen, ob die Herrschaften von Moabit ihm nicht einige Aufklärung zu geben so gnädig sein wollen?

Barmat-Prozess.

Die Beziehungen zur Staatsbank.

Die Vernehmung Barmats wurde in dem nach ihm benannten Prozeß bei dem Kapitel Staatsbank fortgesetzt. Der erste Kredit wurde danach ohne Wissen Barmats durch Geschäftsführer Klenske erhoben. Dieser wie die weiteren Kredite wurden nach Rücksprache mit der Generaldirektion anstandslos bewilligt. Die Kredite wurden mit Wissen der Staatsbank zum Teil zu Kletterverleihgeschäften verwendet. Barmat wurden wie anderen Großkonzernen auch Vorzugszinsen gewährt. Die Deckung erfolgte in Akzepten und Aktien der Gesellschaft. Ihr Wert ist trotz mehrmaliger Aufforderung Barmats nicht nachgeprüft.

Angeklagter Geschäftsführer Klenske, der darauf vernommen wurde, sagte aus, daß er die Staatsbank, wie es im täglichen Geldverkehr üblich gewesen sei, mehrere Male telephonisch um Kredite angerufen, aber nie selbst mit ihr verhandelt habe über die Hinterlegung von Sicherheiten. Barmat wurde schriftlich unterrichtet und habe mehrfach Direktiven gegeben. Er selbst habe an Banken und Privatpersonen Kredite weitergegeben. Auch die

seine Opposition ungenügend anhalten werde. Senator Norris nannte Kelloggs Worte eine äußerst arme Verteidigung der Regierungspolitik. Senator Wheeler erklärte, Kellogg habe bewiesen, daß lediglich einige amerikanische Kommunisten nach Mexiko abgeschoben worden seien, Mexiko also allen Grund habe, die Vereinigten Staaten dafür anzugreifen. Kellogg verwechselte scheinbar Kommunismus und Liberalismus. Die Anklagen Kelloggs basierten auf unwesentlichen Dingen, die bereits Jahre zurückliegen. Kellogg müßte eigentlich auch ebenso wie gegen Zentralamerika auch gegen den Senat Kriegsschiffe in Bewegung setzen.

Entsendung weiterer Kriegsschiffe.

Washington, 13. Januar. (U.) Das Marineministerium hat zwei in den kubanischen Gewässern befindlichen Torpedobootzerstörer den Befehl erteilt, sich nach Nicaragua zu begeben.

Dementierte Greuelmeldungen.

New York, 13. Januar. (U.) Die hier vorliegenden Greuelmeldungen der Revolutionäre in Mexiko werden von der mexikanischen Regierung dementiert.

Erhöhung der Kredite bei der Staatsbank Februar—März 1924 um 4,6 Millionen sei telephonisch geschehen.

Die Staatsbank habe zweimal bei ihm angerufen, ob die Ametima Geld gebrauche.

Bei der Bemertung der Sicherheiten sei ihm um so weniger etwas aufgefallen, als die Staatsbank Blankoakzente besaß, durch die das gesamte holländische Vermögen verpfändet war.

Es folgt die Vernehmung des Angeklagten Oberfinanzrat a. D. Dr. Hellwig, nach dessen Aussage Julius Barmat durch Empfehlung des Reichskanzlers Bauer und des sächsischen Gesandten Gradnauer vom Präsidenten der Staatsbank Erzelenz a. Dombos empfangen wurde. Diese Tatsache habe einen sehr großen Eindruck auf ihn gemacht.

Die Vernehmung gestaltet sich interessant als die Frage einer stabilen Sicherung der Kredite angeschnitten wurde. Hellwig erklärte: „Ich habe dann selbst, und damit begann das ganze Unheil, den Vorschlag gemacht, die Effekten durch ein stabiles Element zu ersetzen, und so sind wir auf die drei Majoritätspakete gekommen, die die dauernde Effektengrundlage bilden sollten.“

Heute muß ich offen sagen, daß mir bei der Berechnung dieser Effekten damals Fehler unterlaufen sind, die ich einfach nicht verstehe. Ich habe diese Wertpapiere maßlos überschätzt. Es ist übrigens richtig, daß Herr Barmat niemals über den Wert der Papiere gesprochen hat.“

Weiter sagte Hellwig dann,

daß die Staatsbank Anfang 1924 Not hatte, ihr Geld los zu werden, so daß sie ihren Kunden Geld anbot und zwar nicht nur Barmat, sondern auch allen anderen.

Weitere Namen möchte er nicht nennen, da er nicht wisse, ob diese Kunden erlaubt davon wären, wenn sie öffentlich genannt würden. Barmat sei nicht bevorzugt worden, sondern als Kreditnehmer sehr willkommen gewesen, da er der Staatsbank das Geld abnahm, auf dem sie sonst sitzen geblieben wäre. Er sei mit Barmat befreundet gewesen. Er selbst habe mehrere der bekannten Verleugungspakete aus Holland bekommen, Barmat aber gebeten, diese Gaben lieber seiner Mutter zukommen zu lassen, die sie nachweislich reiflos einer großen Zahl von Beamten mit einem Ausgeteilt habe. Einmal habe Herr Barmat die Freundlichkeit gehabt, ihm für seine Mutter eine Delster Figur im Werte von etwa 10 M. mitzugeben. Weiter habe er einige Aktien von Barmat gekauft, sonst nichts. Aufschärfe mußte er zurückweisen, sein Dienstgeschäft und seine freundschaftlichen Beziehungen zu Barmat in irgendeinem Zusammenhang zu bringen. Weiterverhandlung Freitag früh 10 Uhr.

Klassenkampf nach Prozenten.

Vier Richtungen in der SPD.

Je blutiger und kraftvoller die Lebensarten der Kommunisten sind, desto mehr kränkt ihr Parteikörper. Das ist ein seit Jahren bestätigter Erfahrungssatz.

In ihrer neuesten Nummer bringt die „Rote Fahne“ auf ihrer letzten Seite ganz unten einen ganz kleinen Bericht über die „Groß-Berliner Parteiarbeiterkonferenz“, die der ehrenvollen Aufgabe sich widmen mußte, die langen Resolutionen des Ekki gutzuheißen und schließlich auch zum Bezirks- und Reichsparteitag Stellung zu nehmen.

Man lese den „Bericht“ des Kommunistenblattes über diese Debatten:

Nachdem der Genosse Fied in kurzen Ausführungen auf die Aufgaben des Bezirks- und Reichsparteitages hingewiesen hatte, sprachen in der Diskussion die Genossen Bartels für die Urbans-Richtung, Genosse Riese für die Weber-Richtung und Genosse Kruschke für die Köster-Richtung. Keiner dieser Genossen vermochte irgendwelche ernstlichen politischen Einwendungen gegen die Beschlüsse der Erweiterten Exekutive zu machen, sie beschränkten sich im wesentlichen auf eine Wiederholung der bekannten Verbündigungen gegenüber der Parteileitung, der Komintern und Sowjetrußland. Ihre Ausführungen, besonders die des Genossen Bartels, fanden den heftigsten Widerspruch der Konferenz.

Bei der Abstimmung wurden die in der „Roten Fahne“ bereits abgedruckten Resolutionen der Parteileitung mit 538 gegen 145 Stimmen bei 16 Enthaltungen angenommen. Die drei Oppositionsrichtungen vermochten also nur noch 20 Proz. der abgegebenen Stimmen aufzubringen gegenüber 30 bis 33 Proz. der letzten Abstimmungen. Politisch haben aber diese Gruppen in noch stärkerem Maße ihren Anhang verloren.

Zählt man zu den „drei Oppositionsrichtungen“ die gegenwärtig offizielle Richtung hinzu, so ergibt sich, daß die kommunistische Partei in vier Himmelsrichtungen zerfällt, von denen jede für sich behauptet, daß sie den Stein der Weisen besitze. Nun wird zwar der „Parteiarbeiter“-Körper schon mit allen Mitteln, die der Parteileitung zur Verfügung stehen, gefestigt. Trotzdem kann selbst die „Rote Fahne“ nicht verschweigen, daß noch immer 20 Proz. der Parteifunktionäre die russische und die deutsche Bolschewistenleitung für Verräter am Klassenkampf halten, dementsprechend reden und abstimmen! Und wenn diese 20 Proz. unverfälschter Bolschewisten — mögen sie nun zur „Richtung“ Urbans, Weber oder Köster gehören — auch langsam durch Ausschluß oder sonstige Kalkulation weiter herabgemindert werden sollten, so bleibt doch die Tatsache, daß die großmäulige Propaganda der Kommunisten nur zu dem Zwecke erfolgt, um ihre eigene innere Zerissenheit zu verdecken.

Wo der reine und unverfälschte Klassenkampf erst mit der Prozent-Ölle gemessen werden muß, ist allerdings der geeignete Ort, die Welt mit Beschränkung zu erfüllen.

Eine Leistung.

Ununterbrochene Fünfzigstundenarbeit.

Die Eisentransportfirma Gassen in Reinickendorf hat am Sonntag den ersten Teil des Brückenbaues am Bahnhof Pankowstraße aufgestellt. Die Arbeiten begannen Sonntags früh um 6 Uhr und endeten Dienstag früh um 8 Uhr. Während die von der Eisenbahn gestellten Arbeiter nach achtstündiger Schicht abgelöst wurden, hat ein Teil der Arbeiter der genannten Firma von Sonntag früh 6 Uhr bis Montag mittag ununterbrochen gearbeitet. Sie hatten nach 30 Stunden genug und wurden dann auch vom Baurat nach Hause geschickt.

Das waren die schlappen Kerle! Die anderen, „tüchtigeren Gesellen“ aber haben bis Dienstag früh 8 Uhr durchgearbeitet, also 50 Stunden hintereinander. Daß sie dazwischen Essenspausen machen mußten, braucht wohl nicht erst gesagt zu werden.

Die Firma wird sich darauf berufen dürfen, daß die Leute ja nicht dazu gezwungen waren, so lange hintereinander zu arbeiten, sondern es „geru getan“ haben, mit Rücksicht auf den Verdienst.

Da nun in den nächsten Tagen der zweite Teil der Brücke aufgestellt wird, möchten wir der Firma dennoch nahelegen, das Experiment nicht etwa zu wiederholen! Der Brückenbau ist schließlich kein Kinderspiel, und wenn es Arbeiter gibt, die um ein paar Mark Lohn ihr Leben leichtfertig aufs Spiel setzen, so gibt dies der Firma keineswegs eine Berechtigung, solchem unsinnigen Treiben Vorschub zu leisten. Aber auch die Reichsbahndirektion als Auftraggeber muß ihr Veto dagegen einlegen. Und zwar nicht nur aus sozial-moralischen und hygienischen Gründen, sondern auch mit Rücksicht auf die Art der Ausführung der Arbeit. Man muß nicht Baurat sein, um zu der Ueberzeugung zu kommen, daß vom übermüdeten Arbeiter keine sorgfältige Arbeit geleistet werden kann, wie sie der Aufbau einer Brücke erfordert. Wir warnen also!

48-Stundenwoche in den Gas- und Wasserwerken.

Die Arbeiter der städtischen Gas- und Wasserwerke sowie der Charlottenburger Wasserwerke nahmen gestern abend in einer vom Gemeinde- und Staatsarbeiterverband einberufenen und überfüllten Versammlung in den Andreasfälen Stellung zu der Kündigung des Manteltarifs, die kürzlich von den Funktionären zum 31. März beschlossen worden ist. Nachdem Genosse Polenske eingehend die Entwicklung der Arbeitsverhältnisse und die tarifpolitische Entwicklung in den letzten Jahren geschildert hatte, ging Genosse Gehner näher auf die von der Tarifkommission ausgearbeiteten Abänderungsvorschläge ein. Diese Vorschläge, die neben einer Anzahl anderer Abänderungen als wichtigste Forderung die Wiedereinführung der 48-Stunden-woche fordern, sind auch für die Arbeiter der Charlottenburger Wasserwerke, in denen der Manteltarif zum gleichen Termin ebenfalls gekündigt worden ist, aufgestellt worden. Nach einer verhältnismäßig kurzen Diskussion, in der keine Ergänzungsvorschläge gemacht wurden, stimmte die Versammlung den von der Tarifkommission ausgearbeiteten Vorschlägen einstimmig zu, so daß diese nunmehr den Direktionen überreicht werden können.

30 000 Textilarbeiter gekündigt.

In der Lausitzer Tuchindustrie.

Kölnbus, 13. Januar. (WZ.) Nachdem die Gewerkschaften auf die Aufforderung der Arbeitgeber, die Kampfmaßnahmen zurückzuziehen, nicht eingewilligt haben, wird nunmehr heute der Kündigungsbeschluss des Arbeitgeberverbandes der Lausitzer Tuchindustrie in Kraft gesetzt. Es werden heute sämtliche unter den Tarif mit den Textilarbeitern fallenden Arbeiter mit Wirkung zum 20. Januar gekündigt. Von der Kündigung werden circa 30 000 Arbeiter betroffen.

Der Reichsarbeitsminister hat die Vertreter der Unternehmer und Arbeiter zu heute-Freitag nach Berlin eingeladen, um über die Beilegung des Lohnkampfes zu verhandeln.

Schiedspruch für die Sorauer Textilindustrie.

Kölnbus, 13. Januar. (WZ.) Am 12. Januar hat der Schlichtungsausschuss einen Schiedspruch gefällt, nach dem die Zeitlöhne für die Sorauer Textilindustrie um 6 1/2 Proz. mit Wirkung ab 1. Januar bis Ende September erhöht werden.

Lohnbewegung in der Ziegelindustrie.

Im Tarifgebiet der rheinisch-westfälischen Ziegelindustrie ist von den Unternehmern ein Abbau der Löhne gefordert worden, nachdem es ihnen bereits im Vorjahre gelungen war, die Löhne um 3 Pz. pro Stunde in der Spitze herabzusetzen. Die schlechte Beschäftigung des Baugewerbes zu Anfang 1926 kam den Unternehmern zu Hilfe. Diesmal liegen die Dinge etwas anders. Die Borräte an Ziegelsteinen sind sehr gering; ein Teil der Betriebe hat bereits mehr Steine verkauft, als Borräte vorhanden sind. Die starke Nachfrage schafft gute Preise! Trotzdem sollen die Löhne noch weiter gesenkt werden. Man hat ohne Beachtung der tariflichen Bestimmungen in den Betrieben, in denen die Vorbereitungsarbeiten für die Wiederaufnahme der Produktion bereits im Gange sind, einen Lohnabzug von 4 Pz. pro Stunde vorgenommen.

Vor dem Reichs- und Staatskommissariat in Dortmund sind für die nächsten Wochen Verhandlungen vorgesehen. Bei voller Produktion kommen im Tarifgebiet 6000 bis 8000 Arbeiter in Betracht. Die gewerkschaftlichen Organisationen haben eine Erhöhung der Löhne um 10 Proz. verlangt.

Papierindustrielle kündigen Lohnstarif.

Für das westfälische Tarifgebiet der Papiererzeugungsindustrie haben die Unternehmer zum Ende der letzten Lohnwoche den Lohnvertrag gekündigt. Seitdem im November 1925 ein Schiedspruch, der in der Spitze eine Lohnerhöhung von 3 Pz. pro Stunde gebracht hatte, für verbindlich erklärt worden war, haben die Unternehmer kein Mittel unversucht gelassen, um von diesen Löhnen wieder loszukommen. Dementselbe wurde von ihnen während des verfliehen Jahres die Kündigung des Lohnvertrags mit dem Verlangen auf Lohnabbau ausgesprochen, ohne daß sie jedoch zu ihrem Ziele gelangen konnten. Nun haben sie wieder gekündigt, obwohl in den letzten Monaten in einer großen Anzahl von Tarifgebieten in den verschiedensten Industriezweigen Lohnerhöhungen eingetreten sind.

Die in der westfälischen Papiererzeugungsindustrie beschäftigten Arbeiter sind außerordentlich schlecht entlohnt. Von den rund 3000 Beschäftigten muß ein großer Teil mit einem Stundenlohn von 50 Pz. und darunter auskommen. Die Gewerkschaften haben eine Forderung auf Erhöhung der Löhne um rund 17 Proz. eingereicht.

Gewerkschaftsarbeit in Indien.

Erfolge der Textilarbeiterdelegation.

Bombay, im Januar 1927. (Eigener Bericht.) Der Besuch der Internationalen Textilarbeiterdelegation unter Führung von Tom Shaw in Indien hat auf die indische Gewerkschaftsbewegung in jeder Hinsicht befruchtend gewirkt. Die Delegation hat die wichtigsten Zentren der Textilindustrie des Landes besucht und den Führern verschiedener Lokalorganisationen wertvolle Anregungen für ihre weitere Arbeit gegeben. Nicht minder groß hat sich der Nutzen ihrer Anwesenheit in agitatorischer Beziehung erwiesen. In allen Städten, welche die Kommission aufgesucht hat, sind öffentliche Versammlungen veranstaltet worden, die außerordentlich stark besucht waren. Ein von der Madras-Labour-Union für die Textilarbeiter von Madras veranstaltetes Meeting hatte eine Teilnahme von über 5000 Menschen erlangt.

Der Vorsitzende der Organisation, Shri. M. A. K. A., wies in seiner Eröffnungsansprache darauf hin, daß der Besuch der europäischen Delegation

den ersten Schritt zu einer gemeinsamen Front

zwischen der Arbeiterschaft des Ostens und des Westens bildet und die Gewerkschaftsbewegung Indiens mit der moralischen Unterstützung der europäischen Arbeiter sich in wenigen Jahren zu einer wertvollen Heiferin der Antiradikalener Gewerkschaftsinternationale entwickeln könne. Tom Shaw, dessen Rede mit großem Beifall aufgenommen wurde,

sprach über die Notwendigkeit des gewerkschaftlichen Kampfes, der gemeinsam

von allen Arbeitern der Erde für alle Arbeiter der Erde geführt werden müsse und geführt wird.

Die Reise der Delegation wird vor allem für die im Gange befindlichen Bemühungen zur Schaffung einer zentralen Organisation der indischen Textilarbeiterbewegung von großer Bedeutung sein. Durch ihre Vermittlung sind die Vorbereitungen für einen sich über ganz Indien erstreckenden Textilarbeiterverband praktisch bereits sehr gefördert worden. Die Delegation hat ferner die Frage des Anschlusses der indischen Gewerkschaften an die Antiradikalener Internationale geistig vorbereitet.

Die indische Öffentlichkeit hat die Anwesenheit der Vertreter der europäischen Textilarbeiterbewegung als einen wichtigen Faktor in der Geschichte der indischen Arbeiterbewegung sehr ausführlich gewürdigt. Auch die anglo-indische Presse hat über ihre Tätigkeit eingehende Berichte gebracht. Uebereinstimmend wurde darauf hingewiesen, daß ihr Empfang durch die indische Arbeiterschaft nicht nur eine neue Etappe in der indischen Gewerkschaftsbewegung bildet, sondern den ersten Schritt zu der Schaffung einer

gewerkschaftlichen Einheitsfront zwischen den Angehörigen der weißen und farbigen Rasse

darstellt.

Der von der Delegation erzielte moralische Erfolg ist ein Beweis dafür, daß die Ideen der europäischen Gewerkschaftsbewegung für den Arbeiter der farbigen Rasse nicht nur ebenso schlagkräftig sind, wie die Propaganda Roskaus, sondern daß ihre Sachlichkeit und die bessere Fundierung ihrer geistigen und materiellen Grundlagen weit bessere Voraussetzungen für ein gemeinsames Zusammenwirken der Arbeiterschaft aller Rassen der Erde beim Aufbau einer neuen sozialen Ordnung zu schaffen vermögen als die sich in absoluter Demagogie erschöpfende Agitation der Radikalen.

Den Beschern des „Vorwärts“ hat der Genosse Furtwängler vom I.D.B., der als Dolmetscher an der Delegation teilgenommen hat, in mehreren Artikeln bereits ein Bild gegeben über die wirtschaftlichen und sozialen Verhältnisse in Indien, die durch das gewerkschaftliche Erwachen der Arbeiter allmählich die notwendigsten Verbesserungen erfahren dürften.

Bergarbeiterkonferenz in Prag.

Prag, 13. Januar. (U.) Für Freitag ist nach Prag eine Konferenz aller Bergarbeiter- und Fachorganisationen einberufen, auf der über die Ergebnisse des bisherigen Standes der Verhandlungen mit den Arbeitgebern in der Frage der Teuerungstarife berichtet wird und eine Entschiedenheit zu der letzten absehenden Antwort der Grubenbesitzer gefaßt werden soll.

Die Arbeitslosigkeit in England bezifferte sich am 3. Januar auf 1 495 800, das sind 141 755 mehr als in der Vorwoche. Man rechnet damit, daß in den nächsten Monaten ein beträchtlicher Rückgang der Arbeitslosigkeit erfolgt, da dann die für die erfolgreiche Reorganisierung verschiedener Industriezweige sich ausgewirkt habe.

Deutscher Werkmeisterverband, Bezirk 18. Kuriositätenverksammlung der Metallindustrie heute, Freitag, 7 Uhr, im Rosenhauser Hof, Rosenhauser Straße 11/12. Interessenten können sich an dieser Versammlung durch die Beisitzer:

- 1. Jugendgruppe des I.D.B. heute Freitag, 7 1/2 Uhr, Veranstaltungen in folgenden Räumen: Oskar-Jugendheim Große Franzfurter Str. 2 (Raum 8), Gewerkschaftsgebäude, Carlshof, Kämpfengrund, - Südwest, Jugendheim, Heide-Allee-Str. 17, Sonntag: Forum, Forum, Forum und Gewerkschaftsgebäude (Raum 8).
- 2. Spontane Jugendheim, Lindenallee 1, Distriktskomitee, West- u. Kultur? - Freitag! Am Sonntag: Arbeiter-Dichterkreis, Freie Gewerkschaftsjugend, heute Freitag, 7 1/2 Uhr, sagen die Gruppen: Oberflächengewerbe: Gruppenheim, Gruppenheim, Soufflerer Str. 2 (Raum 8), Distriktskomitee, Arbeiterische Kultur, - Hermannplatz: Gruppenheim, Jugendheim, Soufflerer Str. 11, Edu. Hochschüler, Freie Stunden, - Jugendheim, Gruppenheim, Südliches Jugendheim, Turiner Edu. Hochschüler, Kultur-Verbindungen der Jugend, - Wedding 11 Gruppenheim, Grubenhof, Wedding, Grubenhof, 66/68, Freitag: Die Gewerkschaften als Kulturfaktor.

Veranstaltung für Freitag, 7. Carl Oetz; Wirtschaft: G. Altmeyer; Gewerkschaftsbewegung: Fr. Calmar; Antiradikal: Dr. John Schillmann; Lokales und Sonstiges: Fr. Kersch; Angelegen: H. Glöck; sämtlich in Berlin. Verlag: Vorwärts-Verlag G. m. b. H., Berlin. Druck: Vorwärts-Buchdruckerei und Verlagsanstalt Carl Oetz u. Co. Berlin SW 68, Lindenstraße 3, Straß 2 Bellager, Unterhaltung und Wissen und „Stadtblätter“.

WERTHEIM

Leipziger Straße
(Versand-Abteilung)
Königstraße
Rosenthaler Str.
Moritzplatz

Lebensmittel

Gänse gefroren Pfund **75 Pf. 85 Pf.**

Gänsebrust- und Keimstücke, Pfund 1.20
Suppenhühner frisch geschlachtet, Pfd. v. 1.15 an

Grüne Heringe schwedische **5 Pfd. 85 Pf.**

Kabeljau o. Kopf, l. Ganz, Pfund 35 Pf. u. 28 Pf.
Schellfische . . . Pfund 32 Pf.

Sprotten Pfund **45 Pf.**

Fettbücklinge . . . Pfund 45 Pf.
Bücklinge Kieler, kleine Pfund 55 Pf.

Tafelbutter Pfund **184 194**

Dänische Butter Pfund 2 M
Margarine . . . Pfund 58 Pf.

Allgäuer Stangen-Limburg Pfund **65 Pf. vollfett 105 Pfund**

Gouda dänischer, Pfund 85 Pf.
Holländer und Edamer Pfund 82 Pf.

Konserven

Junge Erbsen . . . 1/2 Dose 70 Pf.
Junge Erbsen mittelfein mit Karotten 90 Pf.
Leipziger Allerlei . 85 Pf.
Spinat 50 Pf.
Sellerie in Scheiben . 90 Pf.
Schnitt- u. Brechbohnen 1/2 Dose 58 Pf. I 1/2 Dose 80 Pf.
Pflirsche u. Aprikos. kalifornische 1.95

Frisches Fleisch

Kalbskamm u. Brust Pfund **78 Pf.**
Kalbsnierenbraten Pfund **80 Pf.**
Hammel dicke Rippe und Brust Pfund **86 Pf.**
Schweinebauch u. Rücken mit Knochen Pfund **96 Pf.**
Schweine-Schinken Blatt u. Knochen Pfund **104 Pf.**
Schmorfleisch u. Roastbeef mit Knochen **1 Pf.**
Lieser Pfund **80 Pf.** **Gehacktes** Pfund **75 Pf.**
Kafler, Speer u. Kamm . . . Pfund **125 Pf.**
Prima gefrorenes Ochsenfleisch
Suppenfleisch Pfund **54 Pf.**
Kamm u. Brust Pfund **60 Pf.**
Schmorfleisch mit Knochen . . . Pfund **70 Pf.**

Teigwaren

Hartweizen-Makkaroni 1 Pfund-Paket 0.75
Hartweizen-Spaghetti 1 Pfund-Paket 0.80
Eier-Röhrchen 1 Pfd.-Paket 0.90
Eier-Schnitt-u. Faden-Nud. 1 Pfund-Paket 0.90
Eier-Spätzle, -Reis u. -Schleifchen 1 Pfd.-Pak. 0.90

Abt. Frische Blumen

Leipziger Straße
Primeln reichblühend Topf **0.40 0.50**
Tulpen reichblühend, 3 im Topf Topf **0.75**
Farren verschiedene Sorten . . . Topf **0.75 1.00**
Fächerpalmen Topf **2.50**

Tirol. Aepfel Pfd. **30 Pf.** Kiste ca. 45 10 M
Pfd. brutto

Kochbirnen u. Aepfel 2 Pfund 25 Pf.
Amerik. Aepfel 30 Pf. 40 Pf.
Kranzfeigen . . . Pfund 30 Pf.

Messina Apfelsinen Kiste 100 u. 150 Stck. **10 50**

Möhren gewaschen, Pfund 6 Pf.
Rot- u. Weißkohl Pfund 7 Pf.
Sellerie . . . Pfund 10 Pf. 16 Pf.

Schinkenspeck in 1-Pfd.-Stck., Pfd. **165**

Landleberwurst Pfund 1.20
Rotwurst Pfund 1.20
Jagdwurst . . . Pfund 1.50
Schinkenpolnische 1.50

Blut- u. Leberwurst hallesche, Pfund 72 Pf.
Dampiwurst . . . Pfund 1.10

Gebrannt. Kaffee Pfund **2 40 b. 4 60**

Holländ. Kakao Marke „Kamphuys“ l. Blechd., Pfd. 1.60 2 Pfd. 2.90

Wein

Preise für 1/2 Flasche einschließl. Berliner Geh-Innensteuer, ohne Glas
1923 Oppenheimer kernig 1.05
1922 Trittonheimer Saarléy süßig 1.15
1921 Beconder Friedberg Hebllicher Mosel 1.50
1924 Altenbamberger Rotenberg Riesl. vollblumiger Riesl. 1.50
1923 St. Justin Qualitäts-Rotweins 1.30
Ruster Gold 1898, 388rkungs-Wein, Tokajer-Basche 1.30
Muskateller Auslese spanischer sehr delikat 1.80
Deutscher Weinbrand ** feine Qualität: 3.50

Vorstandswahl im Stadtparlament.

Genosse Hafz wieder Vorsteher. — Die Kommunisten bleiben draußen. — Der Stadtmedizinalrat über die Grippe. — Die Verschickung Tuberkulöser.

Die Kommunisten der Berliner Stadtverordnetenversammlung gefielen sich gestern wieder mal in der Rolle einer „amentwegenen Opposition“. Bei der Vorstandswahl verlangten sie unserem Genossen Hafz, dem bisherigen ersten Vorsteher, für seine Wiederwahl die Unterstützung. Wer, wie er, für Ordnung sorgte und dem Stadtparlament die Arbeitsmöglichkeit gesichert hat, darf bei den Kommunisten nicht auf Beihilfe rechnen. Er wurde ohne ihre Hilfe gewählt. Aber die Folge war, daß bei der Besetzung der anderen Posten im Vorstand die Kommunisten keine Unterstützung von der sozialdemokratischen Fraktion erhielten. So kam es, daß diesmal die Kommunisten völlig ohne Vertretung im Vorstand blieben. Das hatten sie wohl auch gewollt; denn es war ihnen gewiß schon lange peinlich, daß im abgelaufenen Jahr der kommunistische Vorsteherstellvertreter Degner sich ganz gegen den Kommunistenkonvent vernünftig benommen hat. Für „parlamentarischen“ Kadav hat man mehr Bewegungsfreiheit, wenn man keinen Mann im Vorstand sitzen hat. Ein Mensch, der sich vernünftig äußert und gegebenenfalls Trompete mitzubringen sich weigert, blamiert die ganze KPD.

Die erste Sitzung der Stadtverordneten nach den Weihnachtsferien eröffnete der Vorsteher, Genosse Hafz, mit einem Nachruf auf den kürzlich verstorbenen Stadtverordneten, Genossen Jubel, den die Versammlung stehend anhörte. Jubel ist mit seinen 79 Lebensjahren das zweitälteste Mitglied und mit seinen 35 Dienstjahren der dienstälteste Stadtverordnete in der Versammlung gewesen. Trotz seiner Volksschulbildung habe er sich zu einem tennisreichen Politiker emporgearbeitet, und er hat seine Kenntnisse gern und willig der Stadt, ihrer Bevölkerung und der Stadterhaltung zur Verfügung gestellt. In vielen Deputationen und Ausschüssen hat er in seiner temperamentsvollen Weise gearbeitet; alle werden sein Wirken gern anerkennen und sein Andenken in Ehren halten! — Der Vorsteher erwähnte dann die 25jährige Zugehörigkeit der Stadtverordneten Genossen Theodor Glöde und des Demokraten Dove. Den Platz des Genossen Glöde schmückt ein großer Fliederstrauch. Zur geschäftsordnungsmäßig am Anfang eines jeden Jahres vorzunehmenden

Wahl des Vorstandes

der Versammlung übernahm Stadiv. Meyer (Dem.) den Vorsitz. Der Kommunist Gaebel erklärte, daß seine Fraktion auf dem Standpunkt stehe, der Vorstand müsse den Mehrheitsverhältnissen entsprechend, nur aus Sozialdemokraten und Kommunisten zusammengesetzt sein. (Bei der Wahl vor einem Jahre hatten die Kommunisten noch nicht diese „Erkenntnis!“) Die sozialdemokratische Fraktion habe aber ein solches Ansehen abgelehnt. Gaebel ludte unter dem Geschütz der Sozialdemokraten das mit den Koalitionsbedürfnissen der Sozialdemokraten zu erklären. Der bisherige, wiederkandidierende Vorsteher habe das Vertrauen der Kommunisten verloren, weil er unter „Bruch der Geschäftsordnung mit Vollzeigewalt gegen Angehörige der kommunistischen Fraktion vorgegangen sei.“ (Der Redner spielte damit auf die Lu multizgen an, die die Kommunisten anlässlich der Stadtratswahl im November ausführten!) Sie, die Kommunisten, werden daher einen eigenen Kandidaten in der Person des Stadtverordneten Schwenk präsentieren und erst in einer etwa notwendig werdenden Stichwahl für den Sozialdemokraten eintreten. — Bei der nun folgenden Zettelwahl bekam der kommunistische Kandidat ganze 32 Stimmen, während

Genosse Hafz als Vorsteher die Mehrheit

mit 145 Stimmen erhielt. Die Wahl der drei Vorsteherstellvertreter mußte ebenfalls per Stimmzettel vorgenommen werden, da die Kommunisten es sich leisteten, für jeden Posten einen eigenen Kandidaten vorzuschlagen. Sie erreichten damit lediglich, daß die Zeit verloren ging und daß sie nunmehr im Vorstand der Versammlung ganz ausfallen. Unsere Parteigenossen waren

genötigt, gegen die kommunistischen Kandidaten zu stimmen, nachdem die KPD, dem Vorsteher, Genossen Hafz, ihre Stimmen verweigert hatte. Selbst bei der Wahl der sechs Beisitzer und deren Ersatzleuten beantragten die Kommunisten jedesmal Zettelwahl und reichten dazu Kandidatenlisten ein, die nur aus Kommunisten zusammengesetzt waren. Ohne Rücksicht auf die vorgeschrittene Zeit — es war inzwischen 18 Uhr geworden — verfolgten sie ihre Demonstrationspolitik, die wieder einmal nur ihrem Agitationsbedürfnis galt und stahlen der Stadtverordnetenversammlung die Zeit, die besser auf die Erledigung wichtiger, dringlicher Vorlagen hätte verwendet werden können. Gemählt wurden die gemischten Listen, die Vertreter aller anderen großen Fraktionen enthielten. Mit ihrer lächerlichen Methode haben sich also die Kommunisten vollends aus dem Vorstand hinausgewählt.

Die in Berlin in der letzten Zeit beobachteten, anscheinend vermehrten

Grippeerkrankungen

veranlaßten den Stadtmedizinalrat Prof. Dr. v. Drigalski zur Abgabe einer Erklärung, der folgenden zu entnehmen ist:

„Die beobachteten Erkrankungsfälle stellen nach den Ermittlungen des Hauptgesundheitsamtes eine durchaus normale Zunahme von Erkältungserkrankungen dar, die durch die Witterung bedingt sind; sie waren zu erwarten; und deshalb haben sich auch die Krankenhäuser vorbereitet. Die Krankenanstalten sind bei normaler Einstellung durchaus noch aufnahmefähig, und es ist hier auch keine besondere Zunahme festzustellen. Noch bis zum 8. Januar hat das Reichsgesundheitsamt eine „besondere Grippewelle“ nicht feststellen können, und auch die hygienische Abteilung des Völkerverbandes hat ein ähnliches Urachten abgegeben. Es ist nicht anzunehmen, daß wir in Berlin etwa einer ähnlichen Epidemie entgehen, wie wir sie 1839 und 1919 hatten. Die diegierenden Ärzte der städtischen Krankenhäuser haben folgende Todesfälle angegeben: Pichonkrankenhause 18, Moabit 8, Friedrichshain 8, Urban 2, Westend 5, Weihenfer 1, Neudölln 10, wobei die Todesursachen in einigen Fällen noch zweifelhaft ist. Diese Zahlen beweisen, daß wir von einem „mörderischen Wüten“ der Grippe nicht sprechen können. Trotz alledem hat die Gesundheitsbehörde Berlins ihren Mobilisierungsplan aufgestellt. Die Krankenplätze in den Krankenhäusern können ohne weiteres um 1000 vermehrt werden. Die Schulbehörde hat dankenswerterweise Schulräume mit Zentralheizung und elektrischem Licht für 1300 Plätze zur Verfügung gestellt. Der Magistrat hat eine Verstärkung der Krankentransportmöglichkeiten beschloffen. Baracken für besonders infektiöse Kranke bereitgestellt und schließlich mit Firmen Verträge wegen abrafreier Lieferung von Lagerstätten und Behandlungsmaterial abgeschlossen. Entsprechende Vorlagen werden der Stadtverordnetenversammlung bald zugehen. Ärzte und Pflegepersonal können ohne Schwierigkeiten vermehrt werden. (Bravo im Hause!)“

Die Kommunisten hatten zu den Grippeerkrankungen eine größere Anzahl von Anträgen eingebracht, denen die Dringlichkeit verjagt wurde. — Eine von der sozialdemokratischen Fraktion eingebrachte Anfrage, die unser Genosse John begründete, verlangte vom Magistrat Zustimmung, was er zu tun gedente, um die in vielen Verwaltungsbezirken erschöpften Mittel zur Verschickung Tuberkulöser wieder erneut auszuwerfen. Verbunden mit dieser Anfrage ist ein Antrag der Kommunisten, der zu dem gleichen Zweck die Bewilligung von 300 000 M. verlangte. Der vorbereitende Ausschuss hatte sich diesem Antrage angeschlossen. Der Stadtmedizinalrat betonte als Magistratsvertreter, daß der Magistrat bereits 100 000 M. bewilligt habe mit der Maßgabe, daß nötigenfalls Nachbewilligungen gemacht werden sollen. Stadiv. Genosse Dr. Frankenthal vertrat die Ansicht, daß die Mittel für die Tuber-

kulösen nicht nur zur Verschickung, sondern auch zur Verbesserung der allgemeinen Lebenslage der Kranken verwandt werden sollten. Stadiv. Genosse Blahschik schloß sich diesen Ausführungen an und verlangte eine Erhöhung der ausgemessenen Mittel. Wir Sozialdemokraten verlangen, daß sich die Versammlung dem Ausschussbeschluss, 300 000 Mark zu bewilligen, anschließt. Das geschah denn auch in der Abstimmung. — Die Vorlage wegen des Neubaus der Untergrundbahn nach Lichtenberg wurde ohne Debatte dem Haushaltsausschuss überwiesen. — Vor Eintritt in die Tagesordnung brachte der Vorsteher einige eingegangene Anträge zur Kenntnis der Versammlung, unter denen sich der sozialdemokratische wegen der Nachbewilligung von Mitteln zur Fortsetzung der Speisung bedürftiger Schüler und ein kommunistischer wegen der Einführung der 45stündigen Arbeitswoche in den städtischen Betrieben befinden.

900 Grippefranke in Krankenhäusern.

Nur wenig schwere Fälle.

Leider ist noch immer ein weiteres Steigen der Zahl der Grippeerkrankungen zu verzeichnen. Das ungesunde feuchte Wetter, das auch in nächster Zeit kaum eine wesentliche Milderung erfahren wird, ist ein nur zu guter Krankheitsförderer. Die Groß-Berliner Krankenhäuser sind sämtlich stark besetzt; inzwischen sind Maßnahmen getroffen worden, um dem ständig steigenden Ansturm einigermaßen gerecht zu werden. Das Hauptgesundheitsamt der Stadt Berlin teilt dazu folgendes mit:

In den Berliner städtischen Krankenhäusern befinden sich zurzeit 899 Grippefranke. Die Zunahme seit gestern beträgt also 100 Fälle. In den Krankenhäusern sind seit dem 7. Januar siebenzehn ausgesprochene Grippeodesfälle vorgekommen. Die Krankenhäuser sind in ihrer Gesamtheit durchaus aufnahmefähig. Sollte die Erkrankungsziffer wesentlich steigen, so werden die bestehenden Lagerungsmöglichkeiten vermehrt und nötfalls andere Gebäude für Krankenbehandlungszwecke herangezogen werden. Zu lehrterer Maßnahme ist bislang noch kein Anlaß gewesen, doch ist sie in jeder Beziehung vorbereitet.

Zu dem vom Hauptgesundheitsamt herausgegebenen Bulletin ist noch zu bemerken, daß zahlreiche Erkrankte, bei denen nicht ausgesprochene Lebensgefahr besteht, eine Heimbehandlung vorziehen. Noch am Mittwoch war der Andrang in den Krankenhäusern außerordentlich stark. Gestern dagegen war ein leichtes Abflauen der Aufnahmegeheule Grippefranke zu verzeichnen. Es wäre aber vorzeitig, von einer Abnahme der Krankheitszahl zu sprechen, die schon heute eine erneute Steigerung erfahren kann. Da Grippeerkrankte in jedem Falle den Vorzug haben, unbedingt im Krankenhaus aufgenommen zu werden, müßten z. B. gegenwärtig einige andere leichte Krankheitsfälle zunächst abgewiesen und auf heute vertröstet werden, zumal täglich zahlreiche Wiederhergestellte die Krankenhäuser verlassen. Allen bei der Drickrankenfalle, die anderen Kassen nicht mit einbezogen, werden täglich etwa 800 bis 900 neue Fälle von Grippeerkrankungen gemeldet. Eine Zahl, die mit Vorsicht aufzunehmen ist, da es sich kaum um ausgesprochene schwere Grippe handeln dürfte. Noch allem scheint die Krise noch nicht überstanden zu sein und die Epidemie ihren Höhepunkt noch nicht erreicht zu haben.

Kirche gegen die Freidenker.

Die Kirche hat wieder einmal ein Flugblatt an die Berliner Bevölkerung verteilen lassen, das gegen die Freidenker heftig und auffordert, den Kirchenaustritt nicht zu vollziehen. Die Freidenker werden als Bauernfänger bezeichnet. Die Kirche muß es sich gefallen lassen, daß dieser Ausdruck auf sie zurückfällt. In diesem Flugblatt behauptet die Kirche, daß sie 200 bis 300 Proz. mehr für den Staat leistet, als der Staat für die Kirche. Ein Staatsminister will berechnen haben, daß der Staat durch das Liebeswerk der Kirche im Jahre 120 bis 150 Millionen Mark erspart. Als Beweis, daß die Kirche nicht arbeiterfeindlich ist, wird ein Beschluß eines Kirchentages zitiert, in dem es heißt: „Die Arbeiter sind nicht eine Masse, die nur abgelehnt zu werden braucht, sondern gleichwahrende Volksgenossen, die um ihre soziale Gleichberechtigung ringen und ein Recht auf Anerkennung, Verständnis und Würdigung

Die Wunder der Klara van Haag.

62] Von Johannes Buchholz. Aus dem Dänischen überfetzt von Erwin Magnus.

Hedwig dankt auf ihre stille Art. Sie hat hundert Dinge zur Erinnerung an die Gnädige bekommen, aber nicht eines freut sie so wie dieses Bild. Diese Mädchenblumen hatten etwas von Frau van Haags Seele in sich. Aus dem Schlafzimmer kann man kleine knirschende Schritte von Herrn van Haag hören, der sich zum Abschied sein macht. Er öffnet die Tür und sagt auf den Korridor hinaus: „Warum kommt der Wagen nicht?“

Dagmar antwortet, sie werde die Gnädige fragen. Unterdessen schleppt ein Holfbeamter die beiden Koffer auf die Steintreppe hinaus. Es ist spät. Ein Junge kommt mit einem großen Strauß weißer Rosen, die Dagmar entgegennimmt und an Herrn van Haag abliefern.

„Warum kommt der Wagen denn nicht?“ fragt er.

„Die Gnädige sagte, sie wüßte es nicht.“

„Legen Sie die Blumen aufs Bett und dann gehen Sie hinunter und sehen Sie, ob der Wagen noch nicht kommt.“

„Ja,“ sagt Dagmar und geht ruhig in die Küche, wo sie sich auf den Holzschemel neben dem Herd setzt; Dagmar ist nicht so dumm, sie weiß, wenn man den Wagen sehen kann, dann ist er da. Denn er kommt ja von Sören Fuhrmann gerade um die Ecke. Außerdem soll Dagmar zum Ersten gehen. Sie will nicht unter Frau Wang dienen, nein, das will sie nicht.

Aber jetzt rasselte Sören Fuhrmann heran, wendet auf dem Hofenplatz und fährt vor die Tür. Er springt ab und schleudert mit einem Bärensgriff die beiden Koffer auf den Vorderfuß des offenen Wagens. Dann steigt er wieder auf den Bod und läßt seine bekannten Kunstknaller über den Köpfen der Roten explodieren.

Frau van Haag und Hedwig haben angezogen bereit gestanden, auf die Uhr gesehen und Fieber gehabt, daß Sören zu gut gehorchen und zu spät kommen würde.

Dann macht Frau van Haag ihre letzten Schritte die Steintreppe des Anarheber Joliamtes hinab, tadellos frei und leicht in der Haltung, unbegreiflich jung. Wertwürdige Frau Klara — sie hatte eine großartige Begabung für ewige Jugend. Und war ein elender Faulpelz, wenn es hieß, sich in Hinsichtigkeit und Alter zu finden. Ein Hohn auf ihren Tauschein war Frau Klara. Hedwig und sie sahen aus wie zwei gleichaltrige Freundinnen.

Frau Klara steigt in den Wagen. Hedwig folgt ihr; sie hält ihr Bild in den Händen und sieht sich nach einer Stelle um, wo es sicher stehen kann.

„Los, Sörensen!“

Im selben Augenblick stürzt der alte Poulsen aus dem Bureau heraus und schwankt zum Wagen herunter. Der Untertreter bewegt sich ein paar mal lautlos auf und ab. Die Dienstmühe reitet aus Unachtsamkeit verwegend auf seinem schmutziggroßen Haar. Ach — schwarze Locken hatte der alte Poulsen einmal.

„Sören — halt!“

Poulsen hält ein Stück Papier in der Hand. Er entblößt den Kopf und reicht das Papier Frau Klara. Ein Bettler, der sich seiner Königin mit einer Bittschrift nähert!

„Wollten Sie mir Bedewohl sagen, Poulsen! Dank. Vielen Dank. Wir sind gute Freunde gewesen seit dem Tage, als ich kam. Seien Sie sicher, daß ich Ihrer stets freundlich gedenken werde. Ein Brief — Danke.“

„Die Rede,“ sagte Poulsen, legt die Mühe wieder quer und laut lautlos mit dem Gaumen.

„Die Rede, ja,“ sagte die Gnädige freundlich wie zu einem Kinde.

„Sie kommen ja nie wieder!“ Das alte mummelnde Gesicht des alten Mannes bricht in Schmerz zusammen. Seine Worte sind Rostschreie.

Und Frau van Haag ergreift seine Hand und sieht ihm in die Augen; ihr Blick ist ein reiches Geschenk.

„Ich werde sie lesen. Ich werde sie aufheben. Aber Poulsen, Frau Klara wendet sich zu Hedwig und sie wechseln einen einzigen berechneten Blick, „wollen Sie dies Bild annehmen. Ich habe es selbst vor vielen Jahren gemalt. Wollen Sie es als einen Dank von mir für Ihre stille, seine Freundschaft gelten lassen?“

Hedwig und Frau Klara reichen das Hyazinthenbild zusammen Poulsen, der unter der Last fast zusammenzubrechen scheint.

Frau Klara sagt noch ein paar Worte, wird aber überfönt von einer zornigen Stimme, die Sören ausschilt. Es ist van Haag, der heruntergekommen ist. Sein Zeug ist wie aus dem Ei gepellt, aber sein Gesicht ist rot vor Erregung, er ist die Treppe heruntergelaufen. Wie kann man in seiner Stellung und in seinen frischen Bügelfalten laufen!

Herr van Haag droht Sören gefährlich mit seinem großen Strauß und sagt: „Und wo haben Sie gedacht, daß ich sitzen soll!“

Sören hat nicht tiefer über diese Frage nachgedacht; den-

noch zeigt er ohne Zögern auf den kleinen, mageren Platz neben seiner breiten Rückenpartie und sagt: „Hier!“

„Auf dem Bod! Sind Sie wahnsinnig? Nehmen Sie die Koffer weg — sofort!“

„Ich kann doch die Koffer nicht entbehren, Julius.“

„Dann bleibe ich zu Hause.“

„Ja.“

„Aber das ist doch sinnlos. Das ist doch formlos. Soll ich vor der ganzen Stadt zum Narren werden. Nun ja, dann nimm diese Rosen, die ich für dich gekauft habe. Trag sie selber, du darfst sie nicht Hedwig tragen lassen, der Leute wegen, Klara!“

„Leb' wohl, Julius.“

Julius van Haag schlägt die Absätze zusammen. Sein Zylinder blüht dreimal in der Luft dem fortrollenden Wagen nach. Untadlig ist er vom Scheitel bis zur Sohle. Aber hinter ihm an der Wand steht eine Vogelscheuche. Ihre gekrümmten Finger drehen an einer Schnur von einem kleinen Bilde im Goldrahmen. Der Kermel ist weit über das Handgelenk gegliitten und hat ein Folterinstrument von engem Oberhemd entblößt. Es ist der alte Poulsen, der starr die leere Straße hinunterblickt.

Sören ließ die Roten durch die Straßen rasen; sie konnten ihm nichts vormachen. Er wußte, was sie leisten konnten.

Frau Klara lehnte sich zurück und sog den aufreizenden Pferdeschweißgeruch ein. Die Sonne fiel ihr gerade ins Gesicht. Sie sah nicht zur Seite, aber es zeichnete sich ein Lächeln um ihren Mund.

„Wilst du den Draht abmachen, Kind, von den Rosen,“ sagte sie und reichte den Strauß Hedwig. „Aber vorsichtig, hörst du?“

Der Wagen ließ das Steinpflaster hinter sich und glitt nach dem Bahnhofsweg hinüber, auf dem sich wie auf einem sandbestreuten, knirschenden Stufenboden fahren ließ. Egholms standen an der Ecke, verbeugten und verneigten sich. Die Gnädige erhob sich halb und schwang ihr weißes Taschentuch. Gleich darauf war der Wagen an der Bahn. Der Zug hatte Verspätung, so daß sie reichlich Zeit hatten.

„Dank, ihr roten Hotteperdchen,“ sagte die Gnädige, streichelte jedes von ihnen den Hals, drehte ihnen die Stirnloden und verteilte — nach einem hastigen Blick nach allen Seiten — den Rosenstrauch zwischen ihnen. Aber die Roten hatten keinen Sinn für Raffinement; sie schleuderten die Rosen weit fort in den Wegstaub.

„Schämt euch, ihr Biester,“ sagte Sören.

(Fortsetzung folgt.)

Lufthafen Tempelhofer Feld. Fortschreitender Ausbau.

Der Stadtoberordnungsversammlung ist jetzt eine Magistratsvorlage zugegangen, in der die Zustimmung zu der Erhöhung des Gesellschaftskapitals der Berliner Flughafen-Gesellschaft von 4 auf 4,75 Millionen Mark gefordert wird. Von dieser Summe wären entsprechend dem bisherigen Verteilungsschlüssel zwischen Reich, Preußen und der Stadt Berlin 390000 Mark von der Stadt zu übernehmen. Die Erfahrungen des abgelaufenen Jahres, wie auch die Vorschriften, die sich aus dem Luftverkehrsgelei ergeben, machen es erforderlich, daß in diesem Jahre eine Reihe von Verbesserungen und Erweiterungen der Flugplatz- und Sicherheitsanlagen geschaffen werden. Erforderlich ist der Bau einer 1100 Meter langen Zufahrtsstraße längs der Ostseite des Flugplatzes, um den Fuhrwerksverkehr vom Flugfeld fernzuhalten. Ferner soll die bisherige Beleuchtung der Grenzen des Flugplatzes durch die sogenannten Pinak-Bildlampen, die bisher nur probeweise in Betrieb waren, durch eine Grenzbeleuchtung mit Neonröhren ersetzt werden, die rings um den 4,5 Kilometer langen Flugplatzraum durchgeführt werden soll. In Abständen von etwa 40 bis 50 Meter werden 2 bis 3 Meter lange Neonröhren aufgestellt, die nach außen und innen besonders gesichert werden. Die Westgrenze des Flughafens soll außerdem durch Bepflanzung mit einer Hecke für den Tagesbetrieb deutlicher sichtbar gemacht werden. Vor dem Verwaltungsgebäude, vor dem sich in diesem Jahre der gesamte Start- und Landverkehr abspielen wird, müssen die Bahnsteige des Luftbahnhofes teils durch Beton, teils durch Kotsachenbefeuchtung erweitert werden, außerdem wird eine fächerförmige, aus besonderer Kotsache hergestellte Einfahrt von 12800 Quadratmeter Fläche gebaut werden, um eine Beschädigung der Grasnarbe durch die ein- und ausrollenden Flugzeuge zu vermeiden. An Nebenanlagen sind u. a. vorgezogen ein Scheinwerferaufbau, Markierung der Flugplatzecken, Flugzeugwaage, Bremsstand, Misch-tankanlage und anderes mehr. Diese Ausgaben werden sich auf rund 750000 Mark belaufen, die durch die Kapitalerhöhung aufgebracht werden müssen, wenn nicht eine Gefährdung des in diesem Jahre ganz erheblich verstärkten Luftverkehrs, insbesondere zur Nachtzeit, eintreten soll. Die Vorlage verweist dabei bereits auf die neuen Linien Berlin-Prag-Wien-Budapest, Berlin-München-Mailand-Rom und auf die Verbindung über die Schweiz nach Marseille-Barcelona-Madrid mit späterem Anschluß an die Jappelin-Linie Spanien-Südamerika, sowie auf den Einfluß wesentlich größerer Flugzeuge als bisher.

Die Raumnot im Bezirk Friedrichshain.

Das alte Berlin ist so verbaut, daß eine gesunde Entwicklung der Bevölkerung nicht mehr verbürgt werden kann. Solange die Wohnungsuchenden nicht in die Außenbezirke übergeführt werden können, wird die Stadtverwaltung immer demüht sein müssen, zum wenigsten dem größten Not nach Möglichkeit zu steuern. Trotzdem sich die Verwaltung des Bezirks Friedrichshain die größte Mühe gibt, diesen Mißständen abzuwehren, ist der Friedrichshain räumlich der kleinste Bezirk, in dem 338 000 Einwohner auf der Fläche von 910 Hektar leben müssen. Alle anderen Innenbezirke haben mehr als 1000 Hektar. So Wedding: 1307 Hektar und 340 000 Einwohner; Kreuzberg: 1068 Hektar und 366 000 Einwohner; Mitte: 1037 Hektar und 293 000 Einwohner. Der kleinste Außenbezirk — Lichtenberg — ist dreimal so groß wie Friedrichshain. Er umfaßt 2897 Hektar, auf denen nur 190 000 Menschen wohnen. Noch besser stehen die übrigen Außenbezirke da. Charlottenburg z. B. hat auf 3372 Hektar 330 000 Einwohner, Neukölln auf 4879 Hektar 280 000 Einwohner, Reinickendorf auf 8674 Hektar 25 000 Einwohner und Zehlendorf gar auf 5155 Hektar 35 000 Einwohner. In keinem Bezirk sind die kommunalen Dienststellen derart zerstreut, wie im Bezirk Friedrichshain. Das wirkt sich zuungunsten der Bevölkerung aus. Die Absichten der Bezirksverwaltung, nach vorhandenen Plänen ein einheitliches Bezirksamtsgebäude errichten zu lassen, scheiterte bisher daran, daß vom Räumlicher immer wieder die Mittel gestrichen wurden. Dadurch wird die Verwaltungsarbeit, die in mehr als hundert Dienststellen verrichtet werden muß, Beschwerden mannigfaltiger Art hervorbringen. Es war bisher noch nicht einmal möglich, Wohlfahrtsamt und Jugendamt — Stellen, die in der kommunalen Arbeit Hand in Hand arbeiten müssen — zusammenzulegen. Das Wohlfahrtsamt ist in einem alten Gebäude, das früher Schulzwecken diente, untergebracht. Die Decken sind durchgebogen, auch Gasleitungen wurden verbogen, weil Senkungen des Hauses eingetreten sind. Die Beamten und Angestellten sitzen äußerst beengt. Der ganze Betrieb wird hier mehr und mehr zu einer Lebensgefahr für Publikum und Beamte. Auch in den anderen Dienststellen ist es oft nur bedingt besser. In der Säuglingsfürsorge, in der Bezirksfürsorge, in der Vormundschaft, nirgends sind gute, helle und er-

trägliche Warteräume für das Publikum. Schwierigkeiten ergaben sich in gleichem Maße bei der starken Arbeitslosigkeit im Bezirk (fast 10 Prozent der Einwohner) auch bei der Abfertigung und Stellenvermittlung im Arbeitsamt. Andererseits konnten dringend notwendige Arbeiten nicht zur Durchführung gelangen, weil alles an der Raumfrage scheiterte. In der Familienfürsorge kann nichts Ordentliches geschehen, weil bei der großen Raumnot keine neuen Fürsogerinnen eingestellt werden können. Eine dringend notwendige Krippe kann nicht geschaffen werden — trotzdem die Mittel bewilligt sind —, weil auch hier Räume fehlen. Ebenso geht es mit dem Zufluchtsheim für Jugendliche ohne Unterkunft. Und so ist es mit vielen anderen Arbeiten, die erst nach Behebung der Raumnot einwandfrei durchgeführt werden könnten.

Die gleiche Raumnot ist auch in den Schulen und vor allem im Wohnungswesen zu finden. Manches könnte gebessert werden, wenn man der Magistrat diesen so stark bedürftigen Bezirk ein wenig mehr berücksichtigen wollte. Von der Bezirksverwaltung selbst wird alles getan, um Wandel zu schaffen. Vielleicht überzeugt sich der Magistrat einmal an Ort und Stelle von den Mängeln und ändert seine bisherige Haltung.

Förderung schwachbefähigter Volksschüler.

Die volksparteiliche Landtagsfraktion führte in einer kleinen Anfrage aus, daß Volksschulkinder, die in einzelnen Fächern, insbesondere im Rechnen oder in der Rechtschreibung, schwach befähigt seien, in den mehrklassigen Schulen dadurch, daß sie ein oder mehrere Male nicht verlegt werden, in allen Fächern eine nicht abgeschlossene unzulängliche Bildung erhalten. Diese kleine Anfrage wurde den zuständigen Regierungen zum Bericht vorgelegt, wobei sich ergab, daß die Regierungen dieser Frage bereits ihre Aufmerksamkeit zugewandt haben. Für einzelne wichtige Maßnahmen hat der preussische Kultusminister Dr. Becker neuerdings einen Erlaß an sämtliche Regierungen herausgegeben, aus dem der Amtliche Preussische Pressedienst folgendes mitteilt:

Wenngleich besondere Mittel für die Förderung schwach befähigter Volksschüler bei der Finanzlage des Staates nicht zur Verfügung gestellt werden können, so sind doch die nachstehenden Maßnahmen, die sich in der Erfahrung bewährt haben, als beachtenswert zu bezeichnen: Für die Verlegung muß die Gesamtreise des Kindes maßgebend sein; mangelnde Leistungen in einzelnen Fächern dürfen die Verlegung nicht ausschließen. Der in der Schule zu pflegende Gemeinschaftsgeist ist dahin fruchtbar zu machen, daß sich bessere Schüler der schwächeren unter Leitung des Lehrers annehmen, indem sie mit ihnen zusammen arbeiten und üben. Im Unterricht sind die schwächer Begabten planmäßig zu berücksichtigen und so in die Arbeit der Klasse einzubeziehen, daß auch sie ihren Fähigkeiten entsprechende Aufgaben im Dienste der Gesamtheit zu lösen haben. Dabei wird zu beachten sein, daß ein gleichmäßiger Fortschritt aller Kinder einer Klasse nicht möglich ist. Wo das nicht ausreicht, ist für die Kinder, denen die Pflichtverletzung droht oder bei denen nach erfolgter Verlegung Mängel auszufüllen sind, Nachhilfenunterricht im Sinne des Erlasses vom 2. März 1912 einzurichten. Ist die Einrichtung von Nachhilfsklassen nicht möglich, so können Kinder, die mehrfach nicht verlegt sind, vor ihrer Entlassung zu Abschlußabfertigungen vereinigt werden, die besonders lebenswichtige Stoffe in einer den Kräften der zurückgebliebenen Kinder entsprechenden Weise durcharbeiten hätten. Im übrigen ist die Förderung schwachbefähigter Kinder wesentlich eine Frage des Verantwortungsbewußtseins und der Hingabefähigkeit der Lehrenden. Sie kann nur gelöst werden, wenn das Elternhaus zu verständnisvoller Mitarbeit herangezogen wird. Die Erziehungsberechtigten sind in persönlicher Fühlungnahme über die Schwächen ihrer Kinder rechtzeitig aufzuklären, damit sie auch ihrerseits die Kinder durch geeignete Mittel: körperliche Pflege, Brauchfertigung, Verminderung hauswirtschaftlicher Arbeiten fördern können.

Wetterkundliche Lehrgänge für Lehrer und Lehrerinnen sollen von der Staatlichen Hauptstelle für den naturwissenschaftlichen Unterricht in Berlin W 35 im Februar und April sowie in den Sommermonaten abgehalten werden. Jeder Lehrgang soll in etwa 15 bis 20 Stunden die wichtigsten Kenntnisse der Klima- und Witterungslehre vermitteln. Als Orte für die Lehrgänge sind größere Städte wie Frankfurt a. d. O., Rottbus, Landsberg a. d. W. usw. in Vorschlag gebracht worden. Meldungen zur Teilnahme sind an die Provinzial-Schulkollegien bzw. Regierungen zu richten und von diesen an die Staatliche Hauptstelle weiterzuleiten.

Richtlinien für Straßennennungen.

Zur Vereinheitlichung der Schreibweise von Straßennamen bei der Anfertigung von Straßenschildern, von Straßen- usw. Verzeichnissen und auch bei Auswechslung alter Straßenschilder gegen neue hat der Magistrat jetzt bestimmt: Für die Schreibweise der Straßennamen ist die jeweils geltende amtliche Rechtschrei-

bung zugrunde zu legen. Soweit Zweifel bezüglich der Schreibweise deutscher Ortsnamen bestehen, ist bis auf weiteres das (jährlich erscheinende) amtliche Ortsverzeichnis der Reichspost, in besonderen Fällen die Auskunft des geographischen Instituts der Universität Berlin (Anruf Zentrum 5975) maßgebend. Bei der Verwendung von Personennamen ist stets die von dem (ehemaligen) Inhaber des Namens angewandte Schreibweise maßgebend (also Gerhardtstraße im Bezirk Tiergarten für den Dichter Paul Gerhardt, Gerhart-Hauptmann-Straße). Der Vornamen ist bei Neubennungen unzulässig fortzulassen. Die Bestimmung des Polizeipräsidenten, bei der Verwendung gewisser geographischer Bezeichnungen (von Dirschaffen, Talern u. a.) die Endung „er“ zu setzen, ist unzulässig innewzuhalten (also Dehtaler Straße, Reichenberger Straße). In Einzelfällen ist im Interesse der Sprachflüssigkeit, des guten Klangs usw. eine Abweichung von den Bestimmungen zulässig (z. B. „Stallupönenallee“ statt des sprachlich schlechten „Stallupöner Allee“ und des unrichtigen „Stallupöner Allee“; ebenso „Hardanger Straße“ nach dem Dte Hardanger, da hier aus sprachlichen Gründen die Adjektive Form „Hardangerer Straße“ zu vermeiden ist). Bei Straßennennungen wie „Wander-Hendt-Straße“, „Friedrich-Krause-Weg“, „Hoffmann-von-Fallerleben-Platz“, „Alt-Roabit“, sind Bindestriche zu legen. Im Verkehrsinteresse sollen längere, aus mehreren Worten zusammengesetzte Straßennennungen möglichst vermieden werden, ebenso fremdländische Namen, insbesondere, wenn diese Anlaß zur falschen Schreibweise und Aussprache geben (z. B. Glasgower Straße, Dubliner Straße, Windforer Straße, Bristolstraße, Guineastrasse).

Aus den Bezirken.

19. Bezirk — Pantow.

Die erste Sitzung der Bezirksversammlung im neuen Jahr verlief sehr ruhig. Unter geschäftlichen Mitteilungen verlas der Vorsitzende ein Schreiben des Bezirksamtes, daß dem Gesuch des Stadtrates Fichten um Pensionierung zum 1. Dezember 1928 aus Gesundheitsrückständen zugestimmt sei. Die Neubewertung kann nun erfolgen. Als Vorsitzender der Versammlung wurde wieder unser Genosse Krauer gewählt, mit Unterstützung der Kommunisten und Demokraten. Unser Vorschlag, die beiden Stellvertreter nach der Stärke der Fraktionen zu belegen, wurde von den bürgerlichen Parteien durchbrochen. Neben Hürzen (Dnat.) wurde Schwien (D. Sp.) gewählt. Als Beisitzer wurde dann auch Kieger (Komm.) gewählt. Die ständigen Ausschüsse wurden bestätigt. Nach monatelanger Verzögerung gab dann Graf (Dem.) den Bericht aus dem Ausschuß zur Beratung der vom Magistrat geplanten Verwaltungsreform. Er empfahl eine Resolution, in der es heißt, daß durch Befestigung der Bezirksversammlung zum Schaden der Stadt eine starke Vertümmung des kommunalen Lebens und des Gedankens der Selbstverwaltung eintreten würde. Weiter wird gefordert eine Erweiterung der Rechte der Versammlung, soweit hierdurch die einheitliche Entwicklung der Stadt Berlin im Sinne des Gesetzgebers nicht gefährdet wird. Unter Redner kam auf die Reorganisation der Bezirksämter zu sprechen. Die Zahl der amtsbesetzten Stadträte soll gegenüber den bisherigen erhöht werden. Während für Beamte und Lehrer die hierzu notwendige Freizeit gesichert ist, wird der Arbeiter leicht einmal mit dem Unternehmer in Konflikt kommen. Die durch Oberbürgermeister Böß angelegten Pläne scheinen uns jetzt nicht so gefährlich. Sehr zu beachten sind aber die Verwaltungsmaßnahmen auf dem Gebiete der Baupolizei. Wie lange wird es noch dauern, bis die Stadt und ihre Ökonomie jeden Einfluß auf die Baupolizei verlieren werden? Die Resolution wurde gegen die Stimmen der Kommunisten angenommen. Dann wurde die Vorlage wegen der Verpachtung des Bürgerparkes angenommen, nachdem im Ausschuß Sicherungen gegen die nationalpolitischen Ausrichtungen bei den öffentlichen Konzerten eingefügt waren. Die Vorlage über die Anstellung von Beamten wurde angenommen. Genosse Lucht, Biondura hatte beweisliche Klage zu führen über das Vorgehen der Güterverwaltung, die im Gutsgarten, also mitten im bewohnten Teile des Ortes, immer wieder riefelt. Ist der Nutzen für die Kultur des Landes wirklich so groß, daß dadurch die Bevölkerung immer wieder verärgert werden muß? Bürgermeister Dr. Weikner erklärte, daß alles Schreiben bisher nichts genutzt hat. Herr Oberbürgermeister Böß hat einmal in der Versammlung versprochen, daß den Wünschen der Auhörte möglichst entgegenzukommen werden soll. Es scheint, daß das nur schöne Worte waren!

20. Bezirk — Reinickendorf.

In der Bezirksversammlung am 3. Januar erfolgte die Neuwahl des Vorstandes. Die Wahl des ersten Vorsitzenden wurde durch die Alterspräsidentin Genossin Kiesel vorgenommen, da der zweite Vorsitzende, ein Kommunist, nicht erschienen war. Gleich zu Beginn wurde von den Kommunisten eine langatmige Erklärung abgegeben. In dieser pervertierten sie die Geschäftsführung des bisherigen Vorsitzenden, Genossen Roggoll, und erklärten, daß sie nicht für ihn stimmen werden, selbst auf die

Massary-Berie 4
GOLD- u. PURPUR MUNDST.
Massary-Delft 5
GOLD- u. TÜRKIS MUNDST.
Massary-Ritter 6
GOLD- u. SEIDEN MUNDST.



Blick hinter die Kulissen..

Wie stark die Nerven und die seelischen Kräfte des Künstlers gerade dann mitgenommen werden, wenn er sprühend leicht uns unten im Zuschauerraum den Schauspieler vergessen läßt, weiß jeder, der einen Blick hinter die Kulissen tun kann.

Nicht ohne Grund greift zum Beispiel Fritz Massary eine unserer Größten, nach jedem Auftritt sofort nach ihrer Lieblingszigarette Massary-Ritter. Die Erschöpfung weicht, die Nerven beruhigen sich, die Gedanken klären sich für die nächste Scene.

Kennen Sie, lieber Leser, den wohltuenden Einfluß der Massary-Zigarette auf Ihre körperlichen, geistigen und seelischen Funktionen?

Urteilen Sie selbst!

Die Kämpfe in der Kaliindustrie.

Wirkungen des Rosterg-Programms.

Für die deutsche Kaliindustrie bedeutete Generaldirektor Rosterg vom Wintershall-Konzern seit der Währungsstabilisierung ein Programm. Schürfte Konzentration auf die günstigsten arbeitsreichen Werke, Ausbau der Kalifolgerzeugung in Werken größter Dimension, Produktionssteigerung und Preisabbau zur Absatzvermehrung. Das technische Problem hat Rosterg gelöst, das kaufmännische nicht. Ein großer Teil der heutigen Schwierigkeiten der Kaliindustrie ist auf die Unrentabilität der großen Kapitalinvestitionen zurückzuführen, die die technische Umstellung erforderte, der sich auch die Konkurrenten und Gegner Rostergs nicht entziehen konnten. So ist Rostergs Programm für die Kaliindustrie zum Schicksal geworden. Wir erhalten von einem Sachkenner eine Zuschrift, die wir gerne zur Klärung der letzten Veröffentlichungen der Kaliführer und der heutigen Kämpfe in der Kaliindustrie wiedergeben:

Nachdem es die Wintershall-Berwaltung unternommen hat, zu der durch den Streit Rosterg-Rechberg aufgetollten Hegemoniefrage offiziell Stellung zu nehmen und versucht, die bisher von Rosterg verfolgte Kalipolitik zu verteidigen, scheint es an der Zeit, diese für den künftigen Bestand der Kaliwirtschaft wichtige Frage zu erörtern und die tatsächlichen Ursachen und Wirkungen der bisherigen Kalipolitik zu beleuchten. Dem Zernwüßnis Rosterg-Rechberg liegen diese tatsächlichen Ursachen zugrunde: Rosterg strebte, wie jedem in die Verhältnisse Eingeweihten bekannt ist, Alleinherrschaft in der Kaliindustrie, und da nicht alle Wintershall-Gewerke mit seinen Plänen einig waren, auch innerhalb der Gewerkschaft Wintershall an. Sein Ehrgeiz wollte es nicht zulassen, daß sich andere Kaliführer um eine zweckmäßige Kalipolitik verdient machten. Wenn die technischen Fähigkeiten des Herrn Rosterg auch hervorragten, so fehlten ihm doch die zugehörigen kaufmännischen Qualitäten. Diese Tatsache hat seine ganze bisherige Einstellung genügend erhärtet.

Wollte man die heutige Behauptung Wintershalls, Rosterg sei stets für eine vernünftige Machtverteilung zu haben gemeint, gelten lassen, so bliebe die gewichtige Frage offen, aus welchem Grunde dann der Wintershall-Konzern zu Anfang des Jahres 1926 in aller Stille mit planmäßigen Kugelaufen der maßgebenden Gewerkschaften des Gumpel-Konzerns einsetzte, von 4000 Kugeln 1100 an sich brachte, wobei er bei dem hohen Kurs der Kugel mindestens 7 Millionen Mark aufwandte. Daß diese Aufkäufe erfolgten, um einen Einbruch in den gegen die Majorisierungsbestrebungen Wintershalls 1925 begründeten Kaliblock zu ermöglichen und damit die endgültige Kalimacht in die Hand Wintershalls zu bringen, kann keinem Zweifel unterliegen. Wenn der Wintershall-Konzern heute, nachdem Burbach die Dreiviertel-Majorität des Gumpel-Konzerns und 420 Wintershall-Kugeln besitzt, seine Machtpläne endgültig aufgeben und sich letzten Endes zu einer Einigung mit dem Kaliblock bequemen muß, dürfte dieser Entschluß dem Führer von Wintershall nicht leicht werden. Es wird ihm aber nichts weiter übrig bleiben, um seine Position nicht noch weiter zu schwächen. Nach einer Verlautbarung soll die Haltung des Gewerks „Bünter-Quandt“, welcher mit 90 Wintershall-Kugeln an dem 501 Kugel umfassenden Rosterg-Pool beteiligt ist, keine feste sein. Würde daher Wandel seine 90 Kugeln an Burbach abgeben, verfügte der Rosterg-Pool nur noch über 411 Kugeln, womit es mit dem bisherigen Einfluß Rostergs auf Wintershall ein Ende haben würde. Angesichts dieser Tatsache ist die Bemerkung der Wintershall-Berwaltung, daß Rosterg den Uebergegang des Rechbergischen Kugelnbesitzes an den Burbach-Konzern begrüße, nicht ernst zu nehmen.

Zieht man aus allen Interessentläufen und Nationalisierungsprojekten die nüchternen Folgerungen, so kommt man zu folgendem Ergebnis: Es wurden Unsummen für Interessentkäufe verausgabt und die erwerbten Majoritätsbeteiligungen ganz erheblich überzählig. Dabei haben auch manche Verwaltungsmitglieder nicht schmerzlos abgeschnitten. Erinnerung sei hier nur an die Interessentkäufe Wintershall bei Ronnenberg, wo für eine Papiermarkaktie im Nennwert von 400 Reichsmark bis zu 8000 Reichsmark gezahlt wurden, an die Käufe Wintershalls in Kugeln von Königshalls, Hindenburg, Elgried, Lill, wo für einen Kugel bis zu 8000 Reichsmark erlegt wurden, den Erwerb der Mansfeld-Quote, die Aufnahme des Rechbergischen Wintershall-Kugelpakets sowie einer 75 prozentigen Beteiligung der Gumpel-Konzern-G. m. b. H., in welcher die Interessen des Gumpel-Konzerns gepoolt sind durch den Burbach-Konzern. Demnach liegen gewaltige Werte auf Konto Beteiligungen namentlich bei Burbach und Wintershall. Der größte Teil mit der großen Kallianleihe finanzierte Erwerb dieser Beteiligungen lastet für die Zukunft, wegen der Abschreibungsfordernisse, schwer auf der Kaliwirtschaft, zumal bei der mehr als 100prozentigen Ueberproduktion, mit einer entsprechenden Verzinsung in absehbarer Zeit nicht zu rechnen ist. Dagegen ist die Kallianleihe mit jährlich 30 Millionen Mark zu verzinsen, eine Summe, welche allein 25 Proz. des vorjährigen Umsatzerlöses der Kaliwirtschaft ausmacht. Hinzu kommen die Quotientenschädigungen für die endgültig und vorübergehend stillgelegten Kalimergwerke, welche den Hauptanteil der finanziellen Belastung darstellen.

Wie weit diese Belastung gebiegen ist, ergibt sich aus der Ueberkonzentration des Wintershall-Konzerns, wo von 91 quoten-

tragenden Kalimergwerken 70 endgültig stillgelegt wurden und von den verbleibenden 21 Arbeits- und Reservewerken, bei welchen eine 150prozentige Uebererzeugung anfällt, kaum die Hälfte zureichende Beschäftigung haben. Diese Feststellungen beweisen, daß die Rammwerke Wintershalls ebenso wie die überwerteten Interessentkäufe ein Fehlschlag waren, welcher sich noch rächen wird. Für die endgültig stillgelegten Werke, deren Einzelgestehungswert mindestens 5 Millionen Mark betrug, sind durch den Verkauf auf Abbruch nur durchschnittlich 250 000 M. erzielt worden, was einen föhlichen Abschluß bedeutet. Den Schaden haben neben Einzelgewerken die Beamten und Arbeiter, welche durch die Stilllegung der Werke das Brot verloren, und die zahlreichen Gemeinden zu tragen, welche keine Steuern mehr beziehen, aber dafür umso mehr Erwerbslosenunterstützung zahlen müssen, womit die Allgemeinheit belastet wird.

Bei dem Kaliblock, wo die Nationalisierung nicht so übertrieben wie bei Wintershall durchgeführt ist, ist eine größere Anzahl mittlerer Betriebe im Gang und voll beschäftigt und werden ein besseres Ergebnis zeitigen, als die mehr stillliegenden als tätigen wenigen Großanlagen des Wintershall-Konzerns, welche dazu noch die Verzinsung für rund 83 Wertquoten aufbringen müssen.

Die Mischdüngerpläne.

Der vom Wintershall-Konzern und den Kłodner-Werken aufgestellte Plan einer Mischdüngerfabrikation scheint jetzt verwirklicht werden zu sollen. Zwischen den beiden Konzernen ist in den letzten Tagen ein Vertrag abgeschlossen worden, wonach die Vorarbeiten für die Fabrikation durch eine Versuchsgesellschaft aufgenommen werden sollen. Für die Fabrikation ist die Kłodner-Beche Victoria vorgesehen. Die Versuchsgesellschaft selbst verfügt über ein Kapital von 8 Millionen Mark.

Die Düngerfrage hat nun seit Monaten im Vordergrund der öffentlichen Erörterungen gestanden. Bekannt ist, daß die A. G. Farbenindustrie mit ihrem Nitrophoska, das die drei Pflanzennährstoffe (Stickstoff, Phosphorsäure und Kali) in einem bestimmten starren Verhältnis (Volldünger) enthält, in dieser Frage die Initiative ergriffen hat. Dringt die A. G. Farbenindustrie mit ihrem Nitrophoska durch, so bedeutet das einen Abbruch sowohl für die rheinisch-westfälischen Kolereien als auch für die Kaliindustrie, die unter Umständen sogar zu einer bloßen Hilfsindustrie herabgewürdigt werden kann. Wie es scheint, sehen die Beherzher des rheinisch-westfälischen Kohlenyndikats den Ausweg in einer Anlehnung an die A. G. Farbenindustrie. Vor einigen Tagen sprach man bereits von einer Verständigung in der Art, daß die A. G. Farbenindustrie und das rheinisch-westfälische Kohlenyndikat die einzelnen Produktionszweige, soweit sie die Kohlenchemie angehen, aufzuteilen geneigt seien. Eine Bestätigung dieser Nachricht liegt allerdings nicht vor.

Andere Wege geht als Außenleiter der Kłodner-Konzern. Bei ihm handelt es sich darum, Kalisalpeter herzustellen, wobei die Herstellung von Salpetersäure durch Oxydation von Ammoniak über Katalysatoren aus Platin in Betracht kommt. Da die A. G. Farbenindustrie die Herstellung von synthetischem Kalisalpeter aufgegeben hat, weil sich das Verfahren zu teuer stellte, kommt alles darauf an, ob die Zechen am Kłodner in der Lage sind, das Produkt billiger herzustellen als die A. G. Farbenindustrie. Borerst scheint es, als ob das möglich ist. Wenigstens kann man darauf schließen, weil weite Teile der deutschen Kaliindustrie bereit sein sollen, dem Wintershall-Kłodnerschen Plan beizutreten.

Schlagwortpolitik!

Aufhebung der Wohnungszwangswirtschaft?

Die „Deutsche Tageszeitung“ gehört im allgemeinen zu jenen Organen, die jedem reaktionären Schlagwort in der Wirtschaftspolitik zu erliegen pflegt. Nur selten passiert es ihr, einige Sätze in den Artikeln ihrer Autoren stehen zu lassen, die mit diesen reaktionären Schlagworten in Widerspruch geraten. Dies geschieht ihr jetzt wiederfahren. In einem Artikel, der im allgemeinen nichts wiedergibt als das übliche Gejammer der Gewerbetreibenden über die Gewerbesteuer, wird die Aufhebung der Zwangswirtschaft für gewerbliche Räume, die nicht mit einer Wohnung verbunden sind, zum 1. April wie folgt kommentiert:

Von diesem neuen Drangsal werden z. B. in Berlin etwa ein Viertel der Gewerbe betroffen, deren Inhaber im günstigsten Fall durch Erhöhung der Miete oder durch die Kosten des Umzugs noch weiter belastet, vielfach aber zugrunde gerichtet werden. Allerdings muß die Zwangswirtschaft schließlich aufhören, und

wenn auch hinsichtlich der gewerblichen Räume im allgemeinen das Angebot der Nachfrage entsprechen sollte, so ist es doch selbstverständlich, daß der Gewerbetreibende, der, wenn er überhaupt ein anderes geeignetes Lokal findet, sein Geschäft in eine andere Straße verlegen muß, seine bisherige Kundschaft nicht mitnehmen kann und deshalb, zumal er auch die Gewerbesteuer nach seiner bisherigen Veranlagung weiterzahlen hat, in der Regel sein Gewerbe aufgeben und, statt Steuern zu zahlen, mit seinen Angestellten und seinem Arbeiterpersonal der Erwerbslosenfürsorge zur Last fallen muß. So wird es z. B. den sieben Ladungsbefehlern des Hauses Schönhauser Allee 10/11 ergehen, denen die Bankfirma Gebr. Arnold die Mietverträge „zum Zweck des Umbaus des Hauses“ gekündigt hat und denen gleiche Geschäftsräume in derselben Straße nicht zu Gebote stehen.“

Uns scheint, daß damit in der Tat vorzüglich das zentrale wirtschaftliche Problem der Beseitigung der Mietenzwangswirtschaft aufgeworfen wird. Die Beseitigung dieser Zwangswirtschaft muß zu Verschiebungen in der Gesamtstruktur des städtischen Geschäftslebens führen, die zum großen Teil völlig unübersehbar sind. Die Verordnung des preussischen Wohlfahrtsministers hat die Probleme, die sich hier ergeben müssen und die an dem Fall der Schönhauser Allee vielleicht besonders deutlich werden, offensichtlich überhaupt nicht gesehen. Mitten in einer schweren Wirtschaftskrise hat der Wohlfahrtsminister geschäftliche Störungen schwerster Art herbeigeführt, und es hat den Anschein, als würden vielfach exorbitante Mieten gefordert und als drohe tatsächlich von hier aus der Zusammenbruch zahlreicher geschäftlicher Unternehmungen. Gleichzeitig führt naturgemäß die Tatsache, daß die mit Wohnungen verbundenen Geschäftsräume der Mieterhöhung nicht unterliegen, zu einer Umwälzung der Konkurrenzbedingungen vor allem im Einzelhandel, die zwar den kleineren Geschäftsleuten zugute kommen mag, die jedoch auf der anderen Seite die Zwischenhandelsspanne vergrößern muß, da gerade der rationelle Großbetrieb der Ausmischung durch den Hausbesitzer ausgeliefert worden ist.

Es erscheint notwendig, daß erhebungsmäßig festgestellt wird, welche Wirkungen von der Verordnung zu erwarten sind und ob es verantwortet werden kann, die Verordnung aufrechtzuerhalten.

Deutsches Eigentum in Italien.

Auch die italienische Regierung will bald sämtliche Fälle, in denen sie reichsdeutsches Eigentum in Südtirol, Triest und Istrien beschlagnahmt hat, zu einer vergleichswiesigen Erledigung bringen. Es handelt sich heute in der Hauptsache noch um geldwerte Forderungen deutscher Reichsangehöriger (Robiliar, Hypotheken, beschlagnahmte Guthaben und Wertpapiere, Sportassignturen und Erlöse aus bereits erfolgten Liquidationen). Ein Dekret vom 12. Dezember 1926 bestimmt für Hausrat die völlige Freigabe, für Bankbesitzer, Forderungen und Hypotheken eine Entschädigung von 80 Prozent. Die restlichen 20 Prozent kommen als „Vergleichs- anerkennnis“ an den italienischen Staat. Für noch nicht zurückgegebene oder nicht entschädigte Grundstücke werden 85 Proz. des reinen Wertes bzw. des Remerlöses ausgezahlt.

Der Einoleumtrust als Marktbeherrscher. Die Deutsche Einoleummerte A. G., Berlin, beherrschte bisher mit ihren fusionierten Werken den deutschen Einoleummarkt schon fast vollständig. Außenleiter waren nur die Rheinischen Einoleumwerke in Bedburg mit einem Kapital von 2,46 Millionen Mark. Von diesem Kapital befand sich schon früher ein Aktienpaket in der Hand des Einoleumtrusts. Jetzt wird gemeldet, daß dieser seine bisherige Beteiligung so erweitert hat, daß er entscheidenden Einfluß auf die Entschlüsse dieses Außenleiters gewonnen hat. Damit hat der Einoleumtrust auf dem deutschen Markt praktisch das absolute Monopol.

Krupp verkauft ab. Wie mitgeteilt wird, hat die Firma Krupp der Stadt Neuwied ein Verkaufsangebot über die in Neuwied gelegenen Grundstücke des seit 1925 stillgelegenden Hochofenwerks Hermannhütte gemacht. Es handelt sich um 88 Morgen Land. Nachdem der Finanzausschuß der Stadt Neuwied den Bürgermeister zum Vertragsabschluss ermächtigt hat, gehen die Krupp'schen Liegenschaften (genannt wird ein Preis von 200 000 M.) an die Stadt Neuwied über.

Eine Verkaufsgesellschaft für elektrotechnische Reparationsleistungen. Zu der jetzt errichteten Sachlieferungs-gesellschaft für elektrotechnische Aufträge nach Frankreich und Belgien gehören folgende Firmen: Böge, Elektrizitäts-A. G., Chemnitz; Voigt u. Häfner A. G., Frankfurt a. M.; Dr. Paul Meyer, Berlin; Sachlenwert A. G. für Licht und Kraft, Dresden; Dr. R. Lepp, Berlin und Ueod-Dynamo-Werke A. G., Bremen sowie eine Reihe anderer zur elektrotechnischen Spezialfabrikation gehörende Fabriken.

Die Weltproduktion von Baurit 1926. Die Weltproduktion von Baurit, des Rohstoffs für Aluminium, für das Jahr 1926 wird auf 1 475 000 Tonnen geschätzt. An der Spitze der Baurit-Produzenten steht Frankreich mit rund 440 000 Tonnen, von denen rund 110 000 Tonnen nach Deutschland ausgeführt wurden. Die Bauritlager in Frankreich werden noch auf 60 Millionen Tonnen geschätzt, die von vier französischen Gesellschaften ausgebeutet werden.

Reste aus dem Inventur-Ausverkauf
 Freitag **14. Hälfte** 15. **Sonnabend**
 Januar **des bisherigen** Januar
Ausverkaufs-Preises
 Weiße Leinen- und Baumwollstoffe / Farbige Weichstoffe / Vorhangstoffe / Gardinestoffe / Spitzen / Stickereien usw.
 Landeshuter Leinen- und Gebildweberei / Größtes Sonderhaus für Leinen und Wäsche
F. V. Grünfeld
 Berlin W 8, Leipziger Straße 20-22

LIEBIG
Wieder frisch und munter
 werden Sie durch eine Tasse gute **Fleischbrühe**.
 Sie brauchen dazu kein teures Fleisch auszukochen,
 wirkliche **Fleischbrühe** liefern Ihnen einfacher und billiger
Liebig Fleischbrühwürfel
 für nur 4 Pf. Da sie den nötigen
Fleisch-Extrakt
 enthalten, kann man aus ihnen kräftige,
 natürlich schmeckende **Fleischbrühe**
 bereiten.



Das Schaukelpferd.

Von Alphonse Crozière.

Seit dem Neujahrstage war Frau Sorge bei den Vermächtnissen eingeleitet und hatte ihren grauen Schleier über das Leben der Familie gebreitet.

Und doch waren die Leute keine Müßiggänger. Der Mann arbeitete ohne Unterlaß, aber sein Gehalt war elend. Der Neujahrstag mit seinen zahlreichen Verpflichtungen war daran schuld gewesen, daß sie arg in die Klemme geraten waren und nicht mehr ein noch aus wußten.

Ein Glück wenigstens, daß die Vorsehung das Leihhaus erfunden hat; mag es auch eine kostspielige Vorsehung sein, eine Vorsehung ist es immerhin.

Die Ehrengabe, die armfällige goldene Schlüsseluhr (das Familienandeken), einige Gegenstände von Wert, die im Hause geblieben waren, zwei Sprungfedermatratzen, kurz, all die Dinge, welche man befehlt, waren ausgewandert. Man hatte die Bäderrechnung beglichen, dem Schlächter und dem Kolonialwarenhändler etwas angestrichelt und konnte wenigstens etwas freier aufatmen als zuvor.

Aber die gedrückte Stimmung blieb trotz allem und wurde noch gedrückter, als die Fabrik, in welcher der Mann arbeitete, ganz unvermutet eine Ruhepause eintreten ließ. Leider konnte man diese Ruhepause nicht auch auf den Wagen der Frau und den des Kindes ausdehnen.

„Mag man auch noch so arbeitslustig sein, es gibt Augenblicke, wo man den Mut verliert und am liebsten Schlaf machen möchte“, brummte der Mann, der seinem Sohn beim Spielen zusah.

Wie hätte er sich unter anderen Umständen darüber gestreut, wie Etienne sein Schaukelpferd hin und her schob, es durchprügelte und dann wieder mit Zärtlichkeiten überhäufte. Das armfällige Pferdchen war all die Freude des Jungen; er verlieh es nicht einen einzigen Augenblick, selbst im Bette mußte er es neben sich haben, um jederzeit seinen Kopf an den des Pferdes schmiegen zu können. Bei Tisch reichete er ihm Brot und sagte:

„Früh, damit du fett wirst.“

Kurz, diese Mißgeburt von Pferd, die sich geradezu komisch ausnahm, war das erste große Glück im Leben des schwächlichen kleinen Jungen geworden, der, trotz seiner Häßlichkeit sympathisch, mit seinem abgehärteten Gesicht und den großen klugen Augen so traurig in die Welt hinein blickte.

„Mach' nicht solchen Krakeel, du verdammter Bengel!“ fauchte der Vater. „Man wird ja ganz bummig dabei. Ich bin gerade in der Stimmung, solche Possen mitanzuhören.“

Etienne mußte nicht. Er sagte einfach zu seinem Pferd:

„Sei ruhig, Schloß.“

Dann nahm er sich einen Katalog vor, aus dem er schöne Herren in seinem Besitzwert ausschnitt. Dabei aber horchte er aufmerksam auf das, was die Eltern redeten.

„Das ist ja reizend“, meinte der Vater, „sie wollen dir also auf die Wäsche nichts leihen?“

„Nein, sie sagen, sie sei in zu schlechtem Zustande. Schließlich haben sie recht; Wäsche kann man diese Lumpen, die hundertmal gefärbt sind, eigentlich nicht mehr nennen.“

„Dann wird man sich also morgen den Hungergürtel noch enger schnallen müssen.“

Etienne warf einen gerührten Blick auf sein hölzernes Pferd; der Blick schien zu sagen:

„Und wenn man auf den Gedanken kommen sollte, dich zu verpflegen?“

Den ganzen Abend war der Kleine von der düsteren Idee heimgelacht, daß morgen in den Schüsseln kein Löffel Suppe mehr sein würde. Nicht, daß das arme Wurm etwa an sich dachte, er dachte an seinen Vater und seine Mutter. Er murmelte, indem er ein Schluchzen herunterwürgte:

„Papa und Mama werden nichts zu essen haben. Sie werden sterben, und ich werde mit meinem Pferd allein auf der Welt bleiben.“

Am folgenden Morgen stand sein Entschluß fest: er mußte sich von seinem treuen Gefährten trennen. Der Entschluß war ihm nicht leicht gefallen, denn nichts ging dem Kleinen über sein Hottehüh.

Er nahm das Tier unter den Arm und öffnete dann geräuschlos die Tür. Seine Mutter sah ihn fortgehen, glaubte aber, er wolle auf dem Platz spielen.

Etienne stieg hastig die fünf Treppen hinab. Er sagte zu seinem Spielgenossen:

„Armer Kerl, es tut mir leid, daß du es so schlecht getroffen hast und zu so armen Leuten gekommen bist; damit mußst du dich jetzt abfinden. Aber ich werde dich nie vergessen; wenn ich erst groß bin und mich selbst ernähren kann, dann hol' ich dich bestimmt wieder ab; dann werden wir wieder gemütlich beisammen sein und uns über die verlorene Zeit trösten.“

Bei diesen Worten rollte eine verstoßene Träne über sein Gesicht. Ja, trotz allem fiel ihm der Abschied doch recht schwer.

Bald befand er sich vor der Zweigtür des Leihhauses. Er konnte die Bude genau, wo er, an den Kutschhof seiner Mutter gekommen, mehr als einmal gewesen war; er betrachtete die mürrischen, ernstesten Angestellten mit einer Art schüchternen Ehrfurcht. „Wem gehört der Bengel?“ fragte ein nicht übermäßig höflicher Aufseher.

Aber schon war Etienne an einen Schalter getreten und stotterte voller Angst:

„Verzeihung, könnten Sie mir vielleicht etwas auf mein Pferdchen leihen?“

Einen Augenblick sah der Beamte den schmierigen Bengel, der die Augen niederschlug, als hätte er ein Verbrechen begangen, groß an; dann pflegte er los:

„Auf dein Spielzeug soll ich dir was leihen?“

Diese Worte waren von allen Anwesenden vernommen worden. Jetzt verzerrte sich das Gesicht des Kleinen. Sein magerer Körper wurde von trampfhaftem Schluchzen geschüttelt, denn er hatte schreckliche Angst vor dem Mann, der ihm gegenüber stand. Er erklärte mit abgehackten Worten die traurige Lage seiner Familie: man hatte schon alles hierher gebracht, es war nichts mehr zum Beileihen da, und morgen würde sogar die Suppe fehlen. . . .

Hinter den Schaltern sah man lächelnde und mildebige Miemen, hörte man Luscheln. Etienne machte sich schon darauf gefaßt, unsanft beim Kragen genommen und an die Luft gesetzt zu werden; aber das machte ihm nichts aus. In seiner Ergebung lag schon etwas Heldenhafte.

Sein Kopf brummte dermaßen, daß er gar nicht hörte, wie jemand sagte:

„Das ist ja ein Brachtjunge, ihr Leute! Sollen wir uns von dem beschaffen lassen?“

Und die Geldstücke regneten nur so in den Hut. Jeder wollte sein Scherlein beitragen.

Als Etienne, etwas ruhiger geworden, sein schwächliches Gesicht wieder erhob, sah er, wie der Mann hinter dem Schalter ihm etwas weißes entgegenhielt. Er hatte das Ergebnis der Sammlung in einem Umschlag gesteckt.

„Da, halt es gut fest und verlier es nicht unterwegs.“

Der Bürgerblock und die Gewerkschaften.



„Gefallen Sie, daß ich mich vorstelle: ich bin der Bürgerblock! Mein durchaus sozialer Inhalt wird Sie zweifellos in Liebe zu mir erglühen lassen!“



„Lachen dürfen Sie natürlich nicht! Das erschütterte die Luft und ich stehe auf viel zu schwachen Füßen, als daß ich das ertragen könnte!“

Und als Etienne ihm sein Hottehüh mit einem schüchternen: „Danke, danke. . . Da haben Sie das Pferdchen“ reichen wollte, verfehlte der Beamte:

„Behalt dein Spielzeug und mach', daß du fortkommst!“

O, das ließ sich Etienne nicht zweimal sagen. Und mit welcher Inbrunst drückte er seinen Liebling, den man ihm nicht geraubt hatte, ans Herz!

Als er atemlos vor der Tür der kleinen Wohnung anlangte, bekam er einen Hustenanfall, der von der Erregung noch verschlimmert wurde. Seine Mutter erwartete ihn mit erhobener Hand:

„Wo bist du wieder herumgestrolcht, du Taugenichts? Hab' ich dir nicht verboten, fortzugehen?“

Aber Etienne, dessen Augen noch gerötet waren, hielt ihr das Päckchen hin und sagte triumphierend:

„Stehst du, Mama, das hat man mir im Leihhaus auf mein Pferdchen geliehen, und ich habe es trotzdem behalten dürfen. Sie haben gewiß gesehen, daß ich es sehr lieb habe.“

(Autorisierte Uebersetzung von Dr. Ernst Lebn.)

Vom Flusspferd und seiner Jagd.

Afrikanische Jagdplauderei.

Von Hans Jannasch.

Wenn man die plumpe Masse des Flusspferdörpers betrachtet, diese Fleischtonne auf vier niedrigen Beinen, den knobigen Riesenkopf mit dem ungeheuren Rachen, so muß man sich unwillkürlich fragen, wie eigentlich dieser seltsame Dichthäuter bei seiner Benennung zu einem Vergleich mit dem edelgeformten Pferd gekommen ist. Und daß ausgerechnet die alten Griechen, diese kunstbestimmten Aesthetiker, auf den Namen „Hippopotamos“ verfielen!

Und doch ist die Entstehung dieses Namens durchaus verständlich, ja sogar bezeichnend! — Allerdings nicht, wenn wir das Flusspferd nur aus Abbildungen oder im Zoologischen Garten außerhalb des Wassers oder in unmittelbarer Nähe in einem winzigen Bassin kennen lernen. — Wohl aber in der freien Natur: Hier schwimmt oder ruht das „Hippo“ tagsüber beschaulich in seinen lauwarmen afrikanischen Gewässern; fern vom Ufer zeigt es nur die obere Kopfplatte mit gespitzten Ohren, in Abständen ein Schnauben ausstehend, das dem eines Kalbes täuschend ähnelt — der Vergleich ist fertig! So hat sich der wasserliebende Dichthäuter zuerst den alten Griechen, die abenteuernd die Gestade des Vater Nil betrauten, um Ägyptens Wunderwelt zu bestaunen, präsentiert, so stellt er sich noch heute dem Europäer im dunklen Erdteil vor — Hippopotamos — Flusspferd.

Was die Jagd auf Flusspferde betrifft, so kann diese, den Lebensgewohnheiten der Tiere entsprechend, auf verschiedene Weise stattfinden. Afrikanische Sonntagsjäger ziehen es vor, vom Ufer her ein regelrechtes Scheibenschießen auf die oft hunderte von Metern entfernten Köpfe der schwimmenden Tiere zu eröffnen. Ein schlechter Sport, der meist in eine zwecklose Munitionsergeudung ausläuft, da auf abgerundeter, bewegter Wasserfläche ein guter Treffer nur schwer zu erzielen ist und höchstens die enorm dicke Schädeldecke hierbei gestreift wird.

Schon nach den ersten Schüssen retirieren die Tiere, nur noch selten auf Sekunden emportauchend oder auch nur die Ohren zeigend und vergnügt Springbrunnlein aus den Klüften blasend.

In jenen immer seltener werdenden Jagdgründen, wo das Donnerrohr des weichen Raumes die Herden dieser eigenartigen Rössle noch nicht gesichtet hat und sie sich unbekümmert, auch bei Tage, auf den Sandbänken und flachen Uferändern flumpenweise

herumföhlen, ist es fürwahr kein besonderes waidmännisches Vergnügen, diese erfreulichen Tierballen verderbenbringend zu stören. Und doch wird leider gerade an solchen Stellen eine unerhörte Masjägerie betrieben.

In den afrikanischen Seengebieten, wo ich vorwiegend die Hippos kennen lernte, fand ich, daß waidmündige Tiere, auch wenn sie sich verfolgt wußten, stets am flacheren Uferstrand hielten, jedenfalls, weil ihnen in diesem Zustand im tieferen Wasser das Hochsteigen zum Aufstehen unmöglich ist. Die vielfache Annahme, daß schwerwundige Tiere von ihren Kameraden attodiert werden, beruht wohl mehr darauf, daß das im Wasser herumpolternde Tier seine Kameraden antempeit, was diese ihm übelnehmen und erwidern. Hiergegen verteidigen Flusspferde nicht selten den Kadaver ihres Gefallenen so energisch, daß auch den beherztesten eingeborenen Schwimmern manchmal die Luft vergeht, ihn herauszuholen. Das Uder steigt infolge der sich im Bauche bildenden Gase schon nach wenigen Stunden an die Oberfläche.

Recht interessant und sportmännisch kann sich die Jagd nachts bei Mondschein gestalten, wenn die „Hippos“ an Land gehen, um zu weiden. Höchst originell erdröhnt dann das behäbige „Wiehern“ der alten Bullen durch die stillen nächtlichen Lüfte: U—hah—uh—uh—uh — beginnend mit einem hohen, quietenden Skopion, um plötzlich in den tiefsten, grunzenden Kontrabaß umzuschlagen. Bald muß der Jäger auf der Lauer liegen, bald sich durch Sumpf oder Dickicht heranpürchen; je näher, desto besser, wenn der Schuß ein Volltreffer sein soll, denn sonst geht die Beute auf Nummerwiederleben verloren. Bei allerblings jahrzehntelanger Afritapogis ist es mir gelungen, den Tieren gelegentlich bis auf wenige Schritt auf den Leib zu rücken. Besonders ist hierbei ihrer ungemein scharfen Witterung Rechnung zu tragen; auch ihr Gehör ist ziemlich scharf, leben können sie dagegen, wie auch die anderen großen Dichthäuter, nur sehr schwach. Wittern sie Gefahr, oder knallt gar ein Schuß, dann stürzen sie in wilder Flucht polternd und planschend zum Wasser, und zwar mit einer Schnelligkeit, die man den plumpen Kalben mit den kurzen, schwachen Beinen kaum zutrauen sollte. Man muß natürlich aufpassen, daß man, besonders in sumpfigem Gelände, nicht zwischen das Wasser und eine dorthin flüchtende Herde kommt, denn dann könnte man unversehens über den Haufen gerannt werden.

Bereits angedeutet, ist das Hippo im Wasser, seinem eigentlichen Element, bedeutend mutiger, als auf dem Lande. Die Eingeborenen, die die Flüsse und Seen Innerafrikas befahren, wissen dies und weichen dem Wasserbeherrscher, den selbst das Krotobil fürchtet, in weitem Bogen mit ihren Booten aus. Es dürfte ja auch kein besonderes Vergnügen sein, plötzlich zwischen Flusspferden und Krotobil ein unfreiwilliges Bad zu bekommen!

Als ich einst auf einer „Quangua“ — so heißen die schwanken abessinischen Seelentöcher aus Pappuslaub — am Ufer des Sawaisses auf Reiter fahndete, gewahrte ich plötzlich in der Nähe eine Hippomutter, die ihr Junges neben sich auf dem Rücken tragend, träge im Wasser lag. Nur im Besitz meiner Schrotflinte, jag ich es denn doch vor, dies selten reizende Familienbild lieber von etwas weiter her zu beobachten und begann, mich vorsichtig nach rückwärts zu konzentrieren. Aber da hatte mich die alte Dame auch schon entdeckt und kam, während über meine Indiskretion, auf mich los galoppiert. So schnell wie damals bin ich nie in meinem Leben losgepadelt. Aber mit meiner schmähligen Flinte schien der Alten Genugtuung geschehen zu sein, denn plötzlich schob sie in einer Hohnspirole seitwärts ab, zurück zu ihrem Baby, während ich noch eine Welle weiterpadelte.

Die verwegenen Araber-Galla im Bierengebiet Südabessinien jagen das Flusspferd, indem sie bei Nacht ein abeisendes Tier geschickt vom Trupp abschneiden, umzingeln und buchtstäblich mit Speeren spiden. Ein Fall ist mir bekannt, wo das Hippo hierbei einen allzu festen Krieger mit seinem Riesenraden ergriff und zermalmt. Eingeborene Berufsleute lauern auch dem Flusspferd auf seinen Besuchen von geeigneten Baumstämmen aus auf, um dem ahnungslosen Tier von oben her einen oder mehrere Speere allergrößten Kalibers durch die tödliche Stelle am Halsansatz zu jagen.

Das Fleisch des Flusspferdes ist bei vielen Eingeborenen geschätzt. Manche füttern es gleich roh an Ort und Stelle auf, wobei der Magen, trotz seines widerwärtigen Geruchs, als besonderer Leckerbissen gilt — die Geschmäcker verschiedener Menschen sind eben verschieden. Jedem Fleischfresser aber kann ich versichern, daß die umfangreiche Hippojunge, 10 bis 12 Stunden in Salzwasser gekocht, auch den Anforderungen des verwöhntesten europäischen Geschmacks gerecht wird. Aus der schwarzen Haut, die von ein Zentimeter Dike am Bauch bis zu vier Zentimeter auf dem Rücken beträgt, schneiden sich die Eingeborenen Kleinen, Pfeifchen und Schilde.

Für den europäischen Handel kommen weder die Haut noch die geringen Zähne in Betracht, sowohl wegen der Transportkosten, wie der Munitionsvergabung, welche diese Jagd mit sich bringt. Da ferner unter afrikanischen Jägern das Erlegen dieses recht harmlosen Großwildes nicht als ein besonderes Ruhmeskapitel gilt, so läuft das Flusspferd vorläufig noch weniger Gefahr, ausgerottet zu werden, als seine Kollegen, der riesige Elefant und das wehrhafte Rhinoceros. Und wenn das Flusspferd sich eines genügenden Schutzes der Kolonialverwaltungen erfreuen würde, so könnte es noch in späteren Jahrhunderten die großen Flüsse und Seen Afrikas schmücken — ein interessantes Naturdenkmal, der letzte Zeuge einer gewaltigen, nie wiederkehrenden, prähistorischen Tierwelt.

Die größte Familie der Welt. Einen Rekord in der Nachkommenschaft hat der frühere amerikanische Farmer Thomas B. Parker aufzuweisen, der jetzt in New York lebt und vor einiger Zeit im „English“ Kreis seiner Familie seinen 90. Geburtstag feierte. Dieser „engste“ Kreis der Familie umfaßte nicht weniger als 658 Personen. Es handelt sich hierbei nicht etwa um nahe Verwandte als Vettern oder Schwagerleute, sondern nur um seine Kinder und Kindeskinder sowie um die Gattin seiner Kinder, also seine direkte Nachkommenschaft. Parker war fünfmal verheiratet. Von seiner ersten Frau hatte er 18 Kinder, von seiner zweiten Frau 21, von seiner dritten 9, von seiner vierten 12 und von seiner fünften 10. Insgesamt hatte er also eine direkte Nachkommenschaft von 70 Kindern. Er war besonders häufig mit Zwillingen und Drillingen beglückt. Von den 70 Kindern starben acht, die übrigen blieben 62 waren 32 Knaben und 30 Mädchen. Alle Kinder sind verheiratet und haben eine sehr starke Nachkommenschaft aufzuweisen. Interessant ist die Tatsache, daß das jüngste Kind Parkers heute erst 15 Jahre alt ist, ihm also im Alter von 75 Jahren beschert wurde. Sein ältestes Enkelkind ist dagegen 48 Jahre alt und hat bereits einen Sohn, der 26 Jahre alt ist. Sein ältester Urenkel ist also viel älter als sein jüngster Sohn. Parker hat im Alter von 20 Jahren zum erstenmal geheiratet. Sein ältester Sohn folgte diesem Beispiel und heiratete auch im Alter von 20 Jahren, so daß das älteste Enkelkind Parkers mit 70 und Reicht heute 48 Jahre alt sein kann. Parker hat es während seiner Farmerstätigkeit zu beträchtlichem Vermögen gebracht und sich ein schönes Haus in der Nähe New Yorks erbaut. Trotzdem war er nicht instande, seine ganze Familie aus Anlaß seines 90. Geburtstages in seinem Hause aufzunehmen, sondern mußte sich darauf beschränken, nur seine eigenen Kinder bei sich wohnen zu lassen, während die anderen alle in Hotels Unterkunft finden mußten. Die ganze Familie machte am Tage nach dem Geburtstag eine kleine Spazierfahrt, zu der nicht weniger als 150 Automobile notwendig waren. Bei der Festlichkeit, die für die kleine Familie veranstaltet wurde, wurden soviel Lebensmittel verwendet, wie für die Verproviantierung eines ganzen Bataillons Soldaten.

